Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261. Montag, den 6. November 1916. 23. Jahrg.

Ein selbständiges Polen.

Berlin, 5. November. Folgendes Manifest wird heute durch den Kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau, General der Infanterie von Beseler, verkündigt:

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehen und aufblühen sehen.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur.

Eine Kundgebung gleichen Inhalts wird von dem K. und K. Militär-Generalgouverneur in Lublin, Feldzeugmeister Kuk, bekanntgegeben.

*

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt hierzu:

Polens Schicksalsstunde.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben eine geschichtliche Entscheidung getroffen. Sie haben die Bildung des polnischen Staates beschlossen. Hundert Jahre sind vergangen, seitdem die europäischen Mächte im Wiener Kongreß den Hauptkörper Polens aus dem westlichen Kulturkreis herausgenommen und Rußlands Händen anvertraut hatten. Nicht die „Beschützer der kleinen Nationen" sind es, die jetzt dieses Land seiner nationalen Entwicklung zurückgeben, sondern die beiden Mächte, gegen die fälschlich im Namen der kleinen Nationen der Haß der ganzen Welt aufgerufen worden ist. Die Westmächte haben Polen mancherlei platonische Sympathien bezeugt. Gar manches zu keiner Tat verpflichtende „Vive la Pologne" erklang aus dem Westen. Jedesmal, wenn sich die Polen im Vertrauen auf Hilfe aus London und Paris in den Kampf um ihre Unabhängigkeit begaben, zeigte es sich, daß sie auf leere Worte gebaut hatten. Von dieser Seite konnte ihnen die Freiheit nicht kommen. Wären heute die Entscheidungen anders gefallen, wären im Osten die russischen Waffen siegreich, so hätten wiederum für hundert Jahre ohne Einspruch der Westmächte die Bevölkerung Kongreßpolens ihre Ketten von Versprechung zu Versprechung geschleppt.

Die Befreiung Polens ist mit dem Siege Deutschlands und seiner Verbündeten verknüpft. Nur sie, nicht Rußland und nicht die Westmächte, haben an dem Bestand eines freien Polens ein eigenes Lebensinteresse. Die Erkenntnis dieses Interesses, zu der die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert drängt, ist — wir wissen es wohl — noch nicht überall in Deutschland durchgedrungen. Und es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann bei uns hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gutzuheißen, der mit dem Manifest getan wird. Manche Erfahrungen mit den jetzt und in Zukunft unauflöslich zum preußischen Staate gehörigen Polen scheinen dem großen Wurfe, den wir tun, nicht günstig zu sein.

Ueber allem Für und Wider aber steht beherrschend der Satz, daß wir um unserer eigenen Zukunft willen Polen nicht an Rußland zurückfallen lassen dürfen. Deutschlands Sicherheit verlangt für alle kommende Zeit, daß nicht aus einem als militärisches Ausfallstor ausgebauten Polen russische Heere, Schlesien von Ost- und Westpreußen trennend, in das Reich einbrechen können. Nicht immer wird ein gütiges Geschick uns einen Hindenburg zur Verfügung stellen, um trotz solcher Grenzen die Russenflut einzudämmen. U mdrei Millionen wächst alljährlich die Bevölkerung des Riesenreiches im Osten. Kürzere, stark geschützte Grenzen werden das festeste Fundament eines ruhigen Verhältnisses zu unserem russischen Nachbar sein. Wir werden es als einen großen Gewinn anzusehen haben, wenn wir auch bei den Entwicklungen und Aufgaben kommender Friedensjahre die Polen an unserer Seite haben, die nach Kultur, Religion und Geschichte in der Vergangenheit zum Westen gehörten und auch für die Zukunft dorthin gehören sollen.

Den von der russischen Herrschaft befreiten Polen bieten wir die Möglichkeit, sich in einem eigenen Staat an die Mittelmächte anzulehnen und in festem Verbande mit ihnen ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu führen. Dabei werden sie namentlich für die nächste Zeit auf unsere Hilfe starken Anspruch machen. Die russische Herrschaft hat polnisches Beamtentum, polnische Lehrerschaft, polnische Wehrkraft nicht aufkommen lassen. Sie hat das aufstrebende Land niederzuhalten, zu trennen, zu verwirren gewußt. Bahnbau und Wasserstraßen sind vernachlässigt. Ueberall sind die Grundlagen staatlicher Verwaltung erst zu schaffen. Mancherlei ist während der Okkupation bei verständnisvoller Mitarbeit der Polen bereits geleistet worden. Auch militärische Kräfte sind von den Polen für die Befreiung vom russischen Joche eingesetzt worden. Die Polnischen Legionen haben bereits in mancher Schlacht an der Seite der Mittelmächte ruhmvoll gegen Rußland gestritten. Die Errichtung einer polnischen Wehrmacht ist also an sich nichts Neues. Indem die Mittelmächte den Polen den allmählichen Ausbau einer eigenen Wehrmacht gestatten, erfüllen sie ihnen einen brennenden Wunsch, der bei dieser militärisch so begabten Nation besonders begreiflich ist. Schritt für Schritt wird der Ausbau des polnischen Staatswesens weitergeführt werden. Harte mühevolle Arbeit wird zu leisten sein. Ueber alle Schwierigkeiten hinweg wird die alte staatenbildende Kraft unseres Volkes das große Ziel erreichen und erreichen helfen. So werden wir mit der Zeit im neuen polnischen Staate einen tüchtigen befreundeten Nachbarn erhalten, Deutschland nach Osten sichern und der Zukunft Europas einen wertvollen Genossen gewinnen.

W. T. B.

*

Galizien soll seine Landesangelegenheiten selbständig ordnen.

WTB. Wien, 4. November. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht nachstehendes allerhöchstes Handschreiben:

Mein lieber Dr. von Körber!

Im Sinne der von mir mit dem deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen wird aus den von unseren tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet. — Bei diesem Anlaß gedenke ich bewegten Herzens der vielen Beweise von Hingebung und Treue, die ich im Laufe meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und schweren Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, dem heftigen feindlichen Anprall ausgesetzt, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu bringen hatte, die ihm dauernden Anspruch auf meine wärmste väterliche Fürsorge sichern. Es ist daher mein Wille, in dem Augenblicke, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens eine Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. — Indem ich Ihnen diese meine Absicht kundtue, beauftrage ich Sie, zu ihrer gesetzmäßigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen.

Vertagung.

Es ist wohl zum ersten Male geschehen, daß der Reichstag den Vertagungsantrag den Verbündeten Regierungen nur mit einer Mehrheit angenommen hat, der eine erhebliche Minderheit gegenüberstand. Ebert für die sozialdemokratische Fraktion und Haase für die Arbeitsgemeinschaft erklärten sich in der Debatte — die sonst auch bei Vertagungen nicht üblich war — gegen die Heimsendung des Reichstages. Er müsse als mitbestimmender Faktor über die Geschicke des deutschen Volkes in solchen Zeiten stets in der Lage sein, seine Stimme zu erheben. Dr. Helfferich sah sich gezwungen, mitzuteilen, daß im Falle der Notwendigkeit der Reichstag früher einberufen werden wird. Durch eine Aeußerung Bassermanns wurde er auch zu der Mitteilung veranlaßt, daß die Vertagungsordre den jederzeitigen Zusammentritt des Reichshaushalts-Ausschusses ermöglicht. Gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen stimmte der Reichstag darauf seiner Vertagung zu.

Erfreulicherweise wurde der aus der Initiative des Reichstages hervorgegangene Gesetzentwurf, der nunmehr endlich einige selbstverständliche Rechtsgarantien für die Schutzhaft bringt, einstimmig angenommen. Scheidemann forderte namens des Ausschusses und des Seniorenkonvents die Regierung dringend auf, den Entwurf nunmehr ehestens Gesetz werden zu lassen. In der Debatte hatte Dr. Lewald namens der Regierung ziemlich feierlich versichert, daß solche Fälle, wie sie vor einigen Tagen das Entsetzen und die Empörung des Reichstags hervorgerufen hatten, nicht mehr vorkommen würden.

Ein Antrag, in den nächsten Etat einen angemessenen Betrag zur Förderung der Leipziger Messe einzustellen, wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen. Dittmann erklärte zweimal, daß die vorgebrachten Gründe — Förderung des deutschen Exports, woran auch die deutschen Arbeiter hervorragend interessiert sind — für seine Fraktion nicht ausreichten. Sie habe allerdings noch nicht sachlich Stellung genommen. Man muß schon sagen, daß diese Haltung der Arbeitsgemeinschaft kaum noch zu verstehen ist.

Darauf wurde die Debatte über die Volksernährung noch durch viele Stunden fortgesetzt. Aus den sehr ausführlichen Berichten, die diesmal über die Verhandlungen des Haushalts-Ausschusses in der Parteipresse erschienen, sind die Forderungen und Kritiken der einzelnen Parteien so bekannt, daß wir an dieser Stelle nur auf den Bericht über die Plenarsitzung zu verweisen brauchen. Aber wenn auch nichts Neues vorgebracht werden konnte, so war doch diese öffentliche Debatte nötig, und wie sie verlief, zeigt die Mahnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts zum einigen Zusammenhalten. Es bestehen eben doch große Interessenverschiedenheiten auch in der Nahrungsmittelversorgung des Volkes im Kriege. aber im Reichstage haben doch wenigstens die gewissenlosen Leute, denen auch der Krieg nur eine Gelegenheit zum Profitmachen ist, keinen Fürsprecher noch Vertreter. Der polnische Abgeordnete v. Trampynsky klagte über Unfreiheit und schlechte Behandlung der aus Polen herangezogenen Arbeiter. Dr. Lewald bestritt die Berechtigung dieser Klagen, die aber nach Debatteschluß Dr. Cohn von der Arbeitsgemeinschaft noch unterstrich.

Nach neunstündiger Sitzung debattierte man noch über die von sozialdemokratischen und Zentrumsrednern befürwortete Erhöhung der Familienunterstützung, worüber Dr. Lewald eine wenig entgegenkommende Erklärung abgab, die Dr. Helfferich nach eindringlichen weiteren Reden aus dem Hause wesentlich freundlicher gestaltete.

Man erledigte noch den Namensschutz für die National- und Marinestiftung, hörte ein Schlußwort des Präsidenten und ging unter Hochrufen auf Kaiser, Volk und Vaterland auseinander, nachdem Dr. Helfferich die Vertagungsurkunde verlesen hatte, in der dem Reichshaushaltsausschuß vorbehalten wird, auch während der Vertagung zur Besprechung auswärtiger und sonstiger mit dem Krieg zusammenhängenden politischen Fragen zusammenzutreten. Die letzte Sitzung hat über 11 Stunden gedauert.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. November. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Uebergreifend auf die Front nördlich der Ancre erreichte die Artillerietätigkeit nördlich der Somme große Heftigkeit. Feindliche Teilangriffe hart östlich der Ancre, nördlich von Courcelette, bei Guendecourt und nordwestlich von Sailly wurden abgeschlagen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf die in der letzten Zeit häufigere Beschießung rückwärtiger, von der Bevölkerung nicht geräumter Ortschaften unserer Champagne-Front von Reims her antworteten wir gestern mit Feuer auf diese Stadt.

Rechts der Maas stellenweise gesteigerter Feuerkampf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Eine wohlvorbereitete kleinere Unternehmung brachte uns fast ohne eigene Verluste in den Besitz des Dorfes Mosheiki (östlich von Goduzischki). Der Feind ließ über 60 Gefangene, mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer in unserer Hand.

Die Lage ist im übrigen unverändert.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im nördlichen Siebenbürgen gewannen die Russen im Toelgyes-Abschnitt örtliche Vorteile.

An der Südfront sind gestern eingeleitete Kämpfe zwischen der Altschanze und der Bodza-Paßstraße noch im Gange. Die Höhe Rosca ist von uns zurückgenommen.. Durch Erstürmung des Clabucetu-Vaiului wurden die bisherigen Erfolge vorwärts des Predeal-Passes vervollständigt; die ganze, besonders stark ausgebaute und mit Erbitterung verteidigte Clabucetu-Stellung ist damit in unserem Besitz. Die verbündeten Truppen haben hier mit den gestern eingebrachten 14 Offizieren (darunter ein Regimentskommandeur) und 647 Mann im ganzen 1747 Rumänen gefangengenommen, 8 Geschütze und 20 Maschinengewehre erbeutet.

Besondere Anerkennung verdienen die Leistungen unseres Infanterie-Regiments Nr. 188. — Bei der Aufräumung des Gefechtsfeldes nordöstlich von Campolung wurden allein zwischen dem Argesului- und Targului-Tale rund 1000 Rumänen beerdigt. In fortschreitenden Angriffen südöstlich des Roten-Turm-Passes und in siegreichen Gefechten westlich der Szurduk-Paßstraße gegen hier vorgedrungene rumänische Abteilungen machten wir über 150 Gefangene.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Constanza und Mangalia wurden von See her beschossen. In Constanza ist Schaden angerichtet. Durch die Küstenartillerie und Fliegerangriffe wurden die feindlichen Schiffe vertrieben.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Wien, 4. November. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Der Feind setzte in der nördlichen Wallachei seine Angriffe fort. Von der Rückeroberung der Grenzhöhe Rosca (im Raume südöstlich von Brasso) abgesehen, hatte er nirgends Erfolg. In den Kämpfen um eine gegen heftige Angriffe behauptete Höhenstellung südwestlich von Predeal wurden über 250 gefangene Rumänen eingebracht.

An der siebenbürgischen Ostgrenze erhöhte rumänische Artillerietätigkeit.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Vohorodszany überfiel ein k. u. k. Jagdkommando die russische Vorposten und eb[illegible] deren Stellungen ein.

An der Narajowka erstürmten deutsche Bataillone abermals einige russische Gräben und behaupteten sie gegen erbitterte Vorstöße.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach den schweren Kämpfen des 1. und 2. November verlief der Vormittag des 3. an der Schlachtfront des Küstenlandes ohne größere Kampfhandlung. Am Nachmittag nahm jedoch die Angriffstätigkeit wieder zu.

Auf dem Karst wurden wiederholt Ansätze zu Angriffen durch unser Sperrfeuer niedergehalten. Der Feind konnte trotz zahlloser Versuche nirgends Raum gewinnen.

Im Wippach-Tale stießen abends starke feindliche Kräfte bis in unsere Stellungen zwischen Vertoiba und Vigla vor. Durch Gegenangriff wurden kurz darauf alle Gräben von den Unserigen zurückgewonnen.

Vor den Hindernissen von So. Katarina und Dember verbluteten mehrere Bersaglieri-Bataillone in erfolglosen Angriffen.

Die Zahl der seit dem 1. November gemachten Gefangenen ist auf 3500 gestiegen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Keine besonderen Ereignisse.

Ereignisse zur See.

Am 3. d. M. abends belegte ein Seeflugzeuggeschwader die militärischen Objekte von San Canziano, Monfalcone und die Adria-Werke ausgiebig mit Bomben.

*

Wien, 5. November. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Eine Gruppe österreichisch-ungarischer Monitore hat am 3. November auf der Donau-Insel Ada und auf dem gegenüberliegenden rumänischen Ufer Abteilungen ans Land gesetzt; sie vertrieben den Feind und nahmen ihm 2 Geschütze und 4 Munitionswagen ab. Rumänische Verstärkungen wurden in die Flucht geschlagen.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Westlich der Szurdut-Paßstraße setzten die Rumänen ihre Angriffe ohne Erfolg fort. Südöstlich des Vores Torony (Roten-Turm-) Passes gewannen wir Gelände. Südwestlich von Predeal nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in erbittertem Kampf die stark verschanzte und zäh verteidigte Clabucetu-Stellung und in frischem Nachdringen noch eine zweite feindliche Linie. Der Feind ließ 14 Offiziere (unter ihnen einen Regimentskommandeur) und 647 Mann in unserer Hand, wodurch die gesamte Beute aus den Kämpfen südlich von Predeal auf 1747 Gefangene, 8 Geschütze und 20 Maschinengewehre stieg.

Im Grenzraume östlich von Brasso setzte der Feind erneut zum Angriff an. In der Gegend von Toelgyes wurde unsere Front an zwei Stellen um etwa zwei Kilometer zurückgedrückt.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem Karst richteten die Italiener gestern ihre Hauptanstrengungen gegen unsere Stellungen im südlichen Teil der Hochfläche. Diesmal war der Raum um Jamiano der Brennpunkt des Kampfes. Unsere dortigen Gräben wurden von früh an unter lebhaftem Feuer gehalten, das jedesmal vor dem Vorgehen der Infanterie an Stärke zunahm. Alle Angriffe, ganz besonders aber der letzte, der noch um 8 Uhr nachmittags versucht wurde, brachen unter den schweren Feindverlusten vor unseren Linien zusammen. An dem anderen Teil der Schlachtfront dauert der Artilleriekampf mit ungeschwächter Kraft fort.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

In unserem Bereich nichts Neues.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Heeresbericht

vom 3. November besagt: Südlich der Somme war die Artillerietätigkeit in den Abschnitten von Lihons und Chilly lebhaft. Ein Handstreich der Franzosen auf einen Graben östlich von Lancourt ist vollkommen geglückt. Auf dem rechten Maas-Ufer war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Im Laufe des gestrigen Tages räumten die Deutschen das Fort Vaux unter heftiger, seit mehreren Tagen anhaltender Beschießung, ohne den französischen Infanterieangriff abzuwarten, dessen Druck stärker und stärker wurde. Im Laufe des Nachmittags wurde eine sehr starke Explosion im Fort beobachtet. Nachts besetzte die französische Infanterie, die ganz dicht herangeschlichen war, dieses wichtige Werk, ohne irgendwelchen Verlust zu erleiden. Der Gürtel des äußeren Forts von Verdun ist daher jetzt wieder in Gesamtheit hergestellt und wird durch die französischen Truppen gehalten. Auf der übrigen Front ist nichts zu melden.

Am Abend desselben Tages meldeten die Franzosen: Auf dem rechten Ufer der Maas rückt unsere Infanterie nach der Besetzung des Forts Vaux bis an den Waldrand beim Dorfe Vaux vor. Nördlich des Teiches faßten wir auf der Höhe Fuß, die das Dorf beherrscht. Der Feind macht keinen Versuch dagegen. Von der übrigen Front ist nichts von Bedeutung zu melden, außer dem üblichen Artilleriekampf.

Der Balkankrieg.

Der griechische Wirrwarr.

Die Besetzung von Ekaterini durch die Venizelisten hat die griechische Regierung zu der Forderung veranlaßt, daß der Ort wieder von den Aufständischen geräumt werden solle. Der „Secolo" meldet hierzu aus Athen: Die Gesandten der Entente-Mächte haben der Forderung zugestimmt, daß die Revolutionäre Ekaterini räumen müssen. Sarrail wird eine bezügliche Entscheidung treffen. Die königliche Regierung ist entschlossen, Ekaterini unter allen Umständen wieder zu besetzen.

Nach einer Meldung des „Observer" steht die reguläre griechische Armee vor Ekaterini im Kampf mit Venizelisten. Die Entsendung von Hilfstrupppen für die reguläre griechische Armee geschah nach einer Rücksprache mit dem englischen Gesandten.

*

Abgelehnte Entente-Forderung

Der französische Admiral Fournet verlangte die Einwilligung der griechischen Regierung, daß ihre leichten Flottenstreitkräfte unter französischer Flagge und mit französischer Besatzung zum Schutz gegen deutsche U-Boote verwendet würden. Das Kabinett hielt eine Beratung unter dem Vorsitz des Königs ab und beschloß, die Forderung des Admirals als unannehmbar abzulehnen, da die Einwilligung gleichbedeutend mit der Aufgabe der Neutralität wäre.

Der Seekrieg.

Ein deutsches U-Boot gestrandet.

WTB. Berlin, 5. November. (Amtlich.) Am 4. November abends ist das Unterseeboot „U 20" im Nebel nördlich Bovbjerg an der westjütischen Küste festgekommen. Alle Abschleppungsversuche der sofort zur Hilfe gerufenen Torpedoboote blieben erfolglos. „U 20" wurde daher am 5. November mittags gesprengt, nachdem die Besatzung von unseren Torpedobooten geborgen war. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Ein englischer kleiner Kreuzer versenkt.

WTB. Berlin, 4. November. (Amtlich.) Am 23. Oktober hat eines unserer Unterseeboote einen englischen kleinen Kreuzer älteren Typs mit zwei Schornsteinen westlich Irlands versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Der Vorstoß in den englischen Kanal.

Der Londoner Gewährsmann der „Vossischen Zeitung" berichtet, daß Schiffer erklären, bei dem nächtlichen Seegefecht im Kanal am 26. Oktober seien die von den Engländern dort ausgelegten Netze und Minensperren größtenteils zerstört und abgetrieben. Die deutschen Kriegsschiffe hätten gerade die englischen Wachtschiffe zuerst versenkt, wodurch die englischen Landstationen vergeblich auf Nachricht warteten, was in der stockfinsteren Nacht eigentlich im Kanal vorgehe. Die von Dover ausgelaufenen englischen Torpedobootszerstörer konnten die Verfolgung nicht weit fortsetzen, da sie wegen der zerstörten Minenfelder selbst Gefahr liefen.

*

U-„Deutschland" in Amerika.

„Daily Telegraph" meldet aus Neuyork vom 1. November: Kapitän König veröffentlichte einen Artikel über die Reise der „Deutschland". Das Schiff legte 8000 Seemeilen zurück, davon nur 190 unter Wasser. Er schildert lebhaft den Schrecken des Golfstromes, der die Temperatur im Schiff auf 137 Grad Fahrenheit brachte. Er erzählt von einem Bankett auf dem Grunde des Ozeans. Einmal tauchte das Schiff zu schnell, sodaß es ganz senkrecht stand. Aber die Ladung blieb in der richtigen Lage. Die Erfahrungen der „Deutschland" unterscheiden sich sehr wenig von denen der letzten Reise. Sie entgingen mehrmals mit genauer Not den feindlichen Kriegsschiffen. — Wie Kapitän König berichtet, stand er stets mit „U 53" in drahtloser Verbindung.

*

Auf eine Mine gelaufen.

Das englische Hospitalschiff „Galeka", 6772 Tonnen groß, das früher der Union Castle Mail gehörte, ist bei Havre auf eine Mine gestoßen. Ein großer Teil des Pflegepersonals und der Besatzung wurde von einem Torpedoboot aufgenommen.

*

Versenkt

wurden folgende Schiffe: Die italienischen Schiffe „Giovanni Antierre", „Perelia", „Delia", ferner das Paketboot „Donecala", der englische Fischdampfer „Kelly Bruce", die englischen Dampfschiffe „Glenzlogan" (5888 Tonnen), „Brierleyhill" und „Spero", der Trawler „Floreal". Der Bergener Dampfer „Saturn", von Liverpool nach Narvik unterwegs, wurde 20 Meilen nördlich der Shetlands-Inseln von einem deutschen U-Boot versenkt. Lloyds melden die norwegischen Dampfer „Thor" und „Ivanhoe" als versenkt. Das gleiche Schicksal ereilte auch den norwegischen Dampfer „Sola" (6500 To.).

Aus Lissabon wird gemeldet: Der ehemalige österreichische Dampfer „Marquis Bacquehem", der zuletzt zu englisch-portugiesischen Zwecken verwendet wurde, wurde versenkt. 66 Mann der Besatzung sind im Hafen Algarve gelandet.

*

Ein holländisches U-Boot beschossen.

Die holländische Wochenschrift „Toekomst" schreibt:

Das holländische Unterseeboot „K. 2" und das Begleitschiff „Witte Zee" wurden auf der Reise nach Indien, obwohl beide Fahrzeuge durch Flaggen deutlich als holländische erkennbar waren, an der französischen Westküste von einem französischen Patrouillenfahrzeug und bei Gibraltar englischerseits ohne vorherige Untersuchung beschossen. Die Granaten fielen in geringen Entfernungen von den Schiffen ins Wasser. Nach einiger Zeit sah man offenbar den Fehler ein und hörte auf zu feuern. Die betreffenden französischen und englischen Kommandanten hielten es aber nicht für nötig, sich wegen des Mißgriffes zu entschuldigen oder sich zu überzeugen, ob die Schiffe durch das Feuer beschädigt worden sind.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt.

Am Freitag wurde zunächst

der Kinderschutz

behandelt. Abg. Gen. Ryssel (Soz. Arbg.) hatte beantragt: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst den Mißstand zu beseitigen, daß Kinder unter 14 Jahren in Fabriken beschäftigt werden, solche Heranziehung von Kindern auch durch Schließung der betreffenden Gewerbebetriebe zu ahnden und auf strikteste Innehaltung der Schutzvorschriften für Kinder und Jugendliche zu achten.

Direktor im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar: Der Fall, der den Antrag veranlaßt habe, sei durch den „Vorwärts" bekannt geworden. Das Reichsamt des Innern verfolge derartige Vorgänge mit der ernstesten Aufmerksamkeit. Daher seien auch über diesen Fall Ermittelungen angestellt worden. Es handele sich um einen Betrieb in Aachen zur Anfertigung von Druckknöpfen. Dort werden, wie sich aus den Lohnlisten ergebe, viele Kinder beschäftigt; darunter seien aber nur 10 Kinder im Alter unter 14 Jahren. Sie seien durchweg jedoch über 13 Jahre und nicht mehr schulpflichtig. Die Arbeitszeit dauere entweder je 3 Stunden vor- und nachmittags oder 5½ Stunden ohne die Mittagspause. Ob die Kinder noch nach der Fabrikarbeit auch zu Hause ihren Eltern bei der Heimarbeit helfen, sei nicht festzustellen gewesen. Bei drei Kindern könne dies der Fall sein. Aber auch wenn die Annahme in der Tat zuträfe, wäre dagegen auf Grund des Kinderschutzgesetzes nichts zu tun. Mithin liege eine gesetzwidrige Beschäftigung von Kindern nicht vor.

Abg. Ryssel erklärte, daß der „Vorwärts" am 23. September 1916 über den Fall berichtet habe, ohne die Firma zu nennen. Daraufhin habe nicht etwa die Gewerbeaufsichtsbehörde, sondern das Generalkommando gefragt, um welche Firma es sich handle. Weiteres in dieser Sache habe der „Vorwärts" nicht von dem Generalkommando gehört. Wäre der Bericht falsch gewesen, dann wäre der „Vorwärts" sicher verwarnt worden. Selbst nach den heute vom Ministerialdirektor Caspar mitgeteilten Feststellungen beschäftige die Firma eine große Zahl von ganz jungen Kindern. Die Ermittelungen der Reichsleitung stützen sich nur auf die Lohnlisten. Unser Gewährsmann halte seine Behauptungen durchaus aufrecht. Die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren sei größer. Die Fabrik fertigte früher Druckknöpfe; jetzt aber liefere sie Munition. Die Kinder müßten von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr in der Fabrik arbeiten. Zu diesem Zwecke seien sie vor der Zeit aus der Schule entlassen worden. Nach der Arbeit in der Fabrik müßten die Kinder noch zu Hause bei der Heimarbeit helfen. Der Reichsleitung sei ein Vorwurf daraus zu machen, daß sie sich nur auf die Lohnliste stütze, nicht aber die beteiligten Arbeiter selbst vernommen habe. Nur die Annahme unseres Antrags kann in Zukunft derartige Fälle verhindern.

Abg. Hoch: Weshalb ist die Gewerbeaufsichtsbehörde nicht mit der Untersuchung dieses Falles betraut worden? Sie würde die wirklichen Verhältnisse wohl haben ermitteln können.

Der Antrag Ryssel wird mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten abgelehnt.

Bei der Besprechung der

Kriegsschäden

wies Abg. Noske (Soz.) auf die schweren Schädigungen hin, von denen die Nordsee-Inseln durch den Krieg heimgesucht werden. Bis jetzt haben die Beteiligten noch immer nicht von Preußen die nötige Hilfe erhalten. Aus Billigkeitsgründen sollte die Reichsleitung dafür sorgen, daß endlich das Notwendige geschehe.

Abg. Fetger schloß sich dieser Bitte an.

Ministerialdirektor v. Jonquiere wies darauf hin, daß die Entschädigung durch die Landeszentralbehörden erfolgen müsse. Er werde der preußischen Regierung Kenntnis von den Verhandlungen dieser Kommission geben und um Mitteilung darüber bitten, was insbesondere für die hier in Frage kommenden Kreise geschehen sei.

Hierauf wurde die vor mehreren Tagen bereits begonnene Aussprache über die

Arbeiterverhältnisse in der Munitionsindustrie

fortgesetzt. Abg. Giesberts (Ztr.) ging auf die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen ein und forderte nachdrücklich, daß auch hier Schlichtungskommissionen zur Erledigung der Beschwerden eingerichtet werden.

Oberst v. Wriesberg versprach, daß das neue Arbeitsamt im Kriegsministerium alle Beschwerden gründlich untersuchen und die ermitelten Mißstände beseitigen werde. Eine neue Verfügung sei erlassen worden, um unter allen Umständen zu verhindern, daß Unternehmer ihre Arbeiter von der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Drohung abschrecken wollen, sie würden dafür sorgen, daß die Beschwerdeführer ins Feld kämen.

Abg. Liesching (Vpt.) brachte Beschwerden aus der Pulverfabrik von Rheinsdorf bei Wittenberg vor. Dort seien die Löhne ganz ungenügend. Soziale Einrichtungen fehlten und Unfälle wären außergewöhnlich häufig.

Abg. Hoch (Soz.): Auch die Zustände in der Pulverfabrik in Hanau seien sehr wenig befriedigend für die Arbeiter. Die Löhne seien nur im allgemeinen um 15—20 % erhöht, während die Verteuerung der Lebenshaltung mehr als 100 % betrage. Auch für die Ernährung sei durchaus ungenügend gesorgt. Notwendig sei auch, daß in den Staatsbetrieben eine Stelle eingerichtet werde, wo die Arbeiter ihre Beschwerden einem vertrauenswürdigen Herrn vortragen könnten. Dieser Herr sollte kein Vorgesetzter der Arbeiter sein, aber das Recht haben, in der Fabrik nachzuforschen, ob die Beschwerden berechtigt sind und, wenn das der Fall ist, die Beschwerden der Direktion zu unterbreiten, ohne daß er den Namen des Beschwerdeführers preisgeben muß.

Oberst v. Wriesberg versicherte, daß ständig die Verhältnisse in Hanau gebessert worden seien und weiter gebessert werden sollen. Er verlas einen Bericht, nach dem die Verhältnisse und auch die Ernährung bei den Pulverarbeitern in Hanau durchaus befriedigend seien.

Abg. Simon (Soz.): Gegenwärtig räche es sich sehr, daß wir noch immer nicht die von der Arbeiterschaft schon längst geforderten öffentlichen Arbeitsnachweise haben. Diese könnten jetzt die Arbeitsvermittlung in einwandfreier Weise durchführen. Die Tarifverträge würden mitunter dadurch umgangen, daß die Heeresverwaltung z. B. in der Korbmacherei große Aufträge an Zwischenunternehmer vergebe. Ausgeführt würden diese Aufträge dann in solchen Betrieben, die nicht die tarifmäßig vorgeschriebenen Löhne zahlen. Am besten wäre es, wenn man die Lieferungen an die Unternehmer entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit verteilte, so daß jeder Unternehmer in seinem Betriebe die Ware herstellen kann. Es scheine aber so, als ob die Heeresverwaltung eine Abneigung gegen die Genossenschaften habe. So ist es weder der Genossenschaftskorbmacherei in Schnei noch der Genossenschaftsweberei in Lippert möglich gewesen, Heeresaufträge zu erhalten. In der Schuhindustrie soll die Arbeitszeitbeschränkung aufgehoben und die dadurch arbeitslos werdenden Arbeitskräfte sollen in der Rüstungsindustrie untergebracht werden. Man stelle in Aussicht, die Uebersiedlung dieser Arbeiter zu erleichtern. Eine derartige Uebersiedlung der Arbeiter nach andern Orten sei sehr bedenklich. Wir haben heute über zwei Drittel Arbeiterinnen und Jugendliche in der Schuhindustrie. Diese Arbeitskräfte können nicht verpflanzt werden, wenn nicht die Familien und die Gemeinden schwer geschädigt werden sollen. Nicht Verpflanzung der Arbeiter, sondern Verpflanzung der Industrie nach den Orten, wo Arbeitskräfte und Arbeitsräume zur Verfügung stehen, sei angebracht. Auch sollten die Behörden, bevor sie sich zu so durchgreifenden Maßnahmen entschließen, mit den beteiligten Arbeitern und Unternehmern ins Benehmen setzen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): In Berlin sträuben sich alte eingeführte Großbetriebe der Rüstungsindustrie, solche Kriegsver-

Stelle wieder einzustellen, die früher dort gearbeitet haben. Das dürfe nicht geduldet werden, dagegen müsse unbedingt eingeschritten werden.

Abg. Hoch (Soz.) weist nach, daß die Angaben über die Ernährungsverhältnisse in Hanau, die der Oberst v. Wriesberg vorgetragen habe, unrichtig seien.

Oberst v. Wriesberg erklärte, daß er in der nächsten Zeit einen Herrn nach Hanau schicken werde, der noch einmal die dortigen Zustände feststellen solle.

Abg. Hirsch (Natl.): Die Unternehmer seien durch den Mangel an Arbeitern gezwungen, die Arbeitszeit auszudehnen und mehr Frauen einzustellen, als es bisher der Fall gewesen und auch gegenwärtig wünschenswert sei. Die Arbeiter sollten nicht immer wieder die Einführung der Schlichtungskommission verlangen. Aus sehr begründeten Bedenken weigerte sich ein Teil der Unternehmer, diesem Vorschlage zu folgen. Dabei handele es sich nicht um rücksichtslose unsoziale Unternehmer, sondern um Leute, die zu den besten Patrioten gehören. Der Burgfrieden erfordere es, daß man die Bedenken dieser Kreise achte und nicht etwa so vorgehe, wie es die englischen Gewerkschaften täten, die die Not der Zeit ausnutzten, um den Unternehmern die Pistole auf die Brust zu setzen und ihnen sehr weitgehende Zugeständnisse abzuzwingen.

Abg. Brandes (Soz.): Der Widerspruch des Abg. Hirsch gegen die Schlichtungskommission und der Hinweis auf die englischen Gewerkschaften seien außerordentlich bezeichnend. Früher sei den deutschen organisierten Arbeitern immer wieder die englische „nationale" Arbeiterschaft vorgehalten worden und jetzt stelle Herr Hirsch die englischen Gewerkschaften als abschreckendes Beispiel hin, um das eigene unsoziale und rücksichtslose Verhalten gegen die Arbeiter zu entschuldigen. Das sei der Burgfriede dieser Herren; wobei die Herren ihrem eigenen Vorteil folgen, die Arbeiter aber auf ihre wichtigsten Forderungen verzichten sollen. Die große Masse der Arbeiterschaft hat diese Art Burgfrieden satt. Ueberaus bedauerlich sei die Antwort des Vertreters vom Kriegsministerium, daß die Frage der Schlichtungskommissionen noch immer nicht abgeschlossen sei. Eine solche Antwort könnte man sich gefallen lassen, wenn der Krieg erst 2½ Monate dauerte, aber nach einer Dauer von 2¼ Jahren wäre es doch endlich Zeit, daß die von den Arbeitern verlangten und, wie allgemein anerkannt wird, durchaus berechtigten Maßnahmen auch gegen den Widerspruch unbelehrbarer Unternehmer durchgesetzt werden. Herr Hirsch habe erklärt, die Arbeitszeit könne nicht auf das gebotene Maß beschränkt werden, weil Arbeitermangel dies verhindere. In den Garnisonen aber werden viele Tausende tüchtiger Arbeiter nutzlos in militärischen Diensten zurückbehalten. Die Einrichtung der Fachbataillone sei eine Verschleuderung von Arbeitskraft und Arbeitstagen. Sie unterstütze freilich die Maßregelungsabsichten rücksichtsloser Unternehmer. Unter Heranziehung je eines Vertreters der Arbeiter und der Unternehmer würden die Generalkommandos die Arbeiter, die entlassen werden oder ihre Arbeit einstellen, in wenigen Stunden an einen geeigneten anderen Arbeitsplatz bringen, während in den Fachbataillonen zum Teil verkrüppelte, militärisch völlig unbrauchbare Leute wochenlang festgehalten werden. Die heutige Arbeitsweise werde sich für unsere Volkswirtschaft schwer rächen. Es sei höchste Zeit, zur normalen Arbeitszeit zurückzukehren und ganz besonders für die Frauen in der Munitionsindustrie mit ihrer schweren Arbeit die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Hier könne doch von einem Mangel an weiblicher Arbeitskraft nicht die Rede sein. Maßregelungen von Arbeitern kommen auch in Staatsbetrieben vor. Auch hier fehle oft das nötige Entgegenkommen auf die Wünsche der Arbeiter. In den Kaiserlichen Werften sind nicht nur Kommissionsmitglieder, sondern auch Arbeiterausschußmitglieder zu Kriegsdiensten eingezogen worden, um sie dafür zu bestrafen, daß sie für die Forderungen ihrer Mitarbeiter eingetreetn sind. Dies sei jüngst in Kiel vorgekommen. Bezeichnend für die „Neuorientierung" sei, daß das Reichsmarineamt erst kürzlich wieder abgelehnt habe, mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen über Arbeiterfragen zu verhandeln. Der Redner wünscht Auskunft, ob der Sparzwang für Jugendliche den Generalkommandos in der letzten Zeit vom Kriegsministerium vorgeschrieben sei, wenn auch in einer gegen früher abgeschwächten Form. Er warne dringend vor diesem Verfahren, das sich dort, wo man einen Versuch damit angestellt habe, sich in keiner Weise bewährt habe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wiederzusammentritt des Haushalts-Ausschusses.

Wie das „Berl. Tagebl." hört, wird der Haushalts-Ausschuß voraussichtlich bereits zum kommenden Donnerstag, dem 9. ds. Mts., wieder zusammenberufen werden, um Mitteilungen des Reichskanzlers über Fragen der auswärtigen Politik entgegenzunehmen.

Liebknechts Revision verworfen.

In der Verhandlung der Reichsmilitärgerichts am Sonnabend wurde die Revision des Genossen Dr. Liebknecht gegen das oberkriegsgerichtliche Urteil des Gouvernementsgerichts Berlin verworfen.

Liebknecht war, wie berichtet, am 23. August vom Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren ein Monat Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Auf Antrag des Reichsmilitäranwalts Steinberger wurde im Interesse der Staatssicherheit und militärdienstlicher Interessen die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. Nach zweistündiger Verhandlung verkündete der Verhandlungsführer Senatspräsident Twele in öffentlicher Sitzung: Der Gerichtshof hat die Revision des Angeklagten verworfen.

„Der Angeklagte war wohl zur Reichstagsverhandlung beurlaubt, er war aber zweifellos aktiver Soldat und unterstand der Militärgerichtsbarkeit. Der Angeklagte hat sich auch des versuchten Kriegsverrats schuldig gemacht. Kriegsverrat ist ein im Kriege begangener Landesverrat. Wenn der Angeklagte auch vielleicht nicht die Absicht hatte, dem Feinde Vorschub zu leisten oder die Heeresmacht Deutschlands zu schwächen, so hat er doch vorsätzlich gehandelt, und es genügt, daß die Handlungsweise des Angeklagten geeignet war, diese Wirkung hervorzurufen. Dem Angeklagten ist vom Berliner Bezirkskommando auf Grund eines Allerhöchsten Erlasses, wonach Unteroffizieren und aktiven Mannschaften verboten ist, an revolutionären oder sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen, der Befehl erteilt worden, sich von derartigen Veranstaltungen fernzuhalten."

„Er hat sich nicht allein des erschwerten Ungehorsams schuldig gemacht, er hat auch Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen. Die Exekutivbeamten waren genötigt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung den Angeklagten auf dem Potsdamer Platz zu verhaften. Er hat sich dieser Verhaftung widersetzt. Deshalb ist die Revision verworfen und dem Angeklagten werden die Kosten des Verfahrens auferlegt."

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag vergeblich die Rechte der Immunität für den Angeklagten geltend zu machen versucht. Sie hat bei aller Differenz in den Anschauungen dort deutlich erklärt, daß Liebknecht ihrer Ansicht nach nicht aus ehrlosen Motiven gehandelt hat.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 6. November.

Die Erhöhung der Unterstützung für Angehörige der Kriegsteilnehmer wird zu einer immer dringenderen Notwendigkeit. Schon haben die Preise vieler wichtiger Verbrauchsartikel eine geradezu schwindelnde Höhe erreicht und noch immer macht sich ein weiteres Steigen der Preise bemerkbar, so jetzt wieder bei der Magermilch und bei der Buttermilch. Wiederholt hat die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung gestellt, ohne jedoch beim Senat und der Bürgerschaftsmehrheit Entgegenkommen zu finden. Man berief sich darauf, daß in Lübeck die Sätze höher seien als in anderen Städten und Bundesstaaten. Jetzt kommt aus Hamburg die Kunde, daß der dortige Senat den Beschluß gefaßt hat, die Unterstützung für Angehörige der Kriegsteilnehmer zu erhöhen. Danach bekommen alleinstehende Erwachsene jetzt monatlich 54 Mk., während sie bisher 40 Mk. (alleinstehende Mutter), 45 Mk. (alleinstehender Vater) und 46 Mk. (alleinstehende Ehefrau) bekamen. Dementsprechend sind auch die Sätze für Frauen mit Kindern erhöht worden. Es treten an die Stelle der bisherigen Unterstützungssätze nebst den Zuschlägen für das Stadtgebiet folgende Sätze:

für alleinstehende Erwachsene	monatl. 54 Mk.,	bish. 40 — 46 Mk.		
für kinderlose Ehepaare und Frauen mit 1 Kind . . .	„ 72 „	„	63 bz. 65	„
für Frauen mit 2 Kindern	„ 85 „	„	77	„
für Frauen mit 3 Kindern	„ 97 „	„	89	„
für Frauen mit 4 Kindern	„ 108 „	„	99	„
für Frauen mit 5 Kindern	„ 117 „	„	108	„
für Frauen mit 6 Kindern	„ 125 „	„	116	„
für Frauen mit 7 Kindern	„ 133 „	„	124	„
für jedes weitere Kind monatlich 8 Mk. mehr		„	8	„
für Kinder, die sich nicht in der Pflege unterstützungsberechtigter Angehöriger des Kriegsteilnehmers befinden	„ 20 „	„	17	„

Unterstützungsberechtigte Erwachsene in der Familie (Mütter, erwachsene Geschwister usw.) werden wie Kinder gezählt. Die Polizeibehörde ist angewiesen, mit Wirkung vom 1. November dieses Jahres die Unterstützungen auf die neuen Sätze zu erhöhen. — Hoffentlich folgt der Lübecker Senat schleunigst dem Hamburger Vorbilde.

Viehzählung. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Am 1. Dezember 1916 findet im Deutschen Reich eine kleine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen und Federvieh erstreckt. Der 1. Dezember ist schon längere Jahre hintereinander als Stichtag für Viehbestandsaufnahme benutzt worden. Die durch den Krieg bedingten Aenderungen der Wirtschaftslage, insbesondere die Schwierigkeiten der Volksernährung, lassen eine öftere Vornahme von Viehzählungen dringend erforderlich erscheinen.

Zurückstellungsgesuche. Das stellvertretende Generalkommando hat bereits im September durch die Presse darauf hinweisen lassen, daß für alle diejenigen Heerespflichtigen, die aus zwingenden Gründen vom Heeresdienst zurückgestellt werden müssen, frühzeitig genug ein Zurückstellungsgesuch bei den zuständigen Stellen eingereicht werden müßte. Durch Korpsverordnungsblatt ist am 21. 9. 16 verfügt:

Rückgängigmachung erlassener Gestellungsbefehle.

Die zahlreich eingehenden Gesuche, Gestellungsbefehle garnison- bezw. arbeitsverwendungsfähiger Leute rückgängig zu machen, veranlaßt das Generalkommando zu folgendem Hinweis:

Nicht nur jeder kriegsverwendungsfähige, sondern auch jeder garnison- bezw. arbeitsverwendungsfähige Wehrpflichtige gilt in Zukunft als für die Einziehung sofort verfügbar, sofern der Antrag auf seine Zurückstellung nicht vor Erhalt des Gestellungsbefehls eingereicht war. (Unterschrift.)

Zurückstellungsgesuche, die im Interesse der Betriebe, welche für das Heer bezw. die Marine arbeiten oder im öffentlichen Interesse (Landwirtschaft, Banken usw.) liegen, sind, worauf wir nochmals hinzuweisen ersucht werden, an das zuständige Bezirkskommando mit kurzer Begründung, Zurückstellungsanträge, die in Berücksichtigung privater bezw. häuslicher Interessen gestellt werden, sind an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission, Landrat oder Magistrat zu richten.

Zu Geschworenen für die am 20. November beginnende Schwurgerichtsperiode wurden ausgelost: Kaufmann Böning, Wasserbaudirektor Krebs aus Lübeck, Landmann Maino Dinklage zu Majenfelde, Rentier Wilhelm Kalm zu Cleverbrück, Malermeister Boht, Kaufmann Fahle, Staatstierarzt Fenner, Bäcker Heinrich August Christian Deutschmann, Inspektor Johann Christian Flint, Kaufmann Carl Friedrich Wilhelm Tesdorpf aus Lübeck, Lotsenkommandeur Lindenberg aus Travemünde, Buchdrucker Emil Koch aus Fackenburg, Oekonom Johs. Bewarder aus Stockelsdorf, Prokurist Carl Johann Friedr. Alm, Kaufmann Johann Heinrich Zaeckel, Kaufmann Daniel Friedr. August Feuerbaum aus Lübeck, Privatmann Max Hellwag aus Eutin, Lehrer Otto Lorenzen aus Eutin, Maurermeister Joachim Kahns aus Schwartau, Obermüller Dechow, Professor Dr. Struck, Kaufmann August Ludwig Rich. Zimmermann aus Lübeck, Rentner Eduard Babbe aus Schwochel, Rentner Michael Laurisch aus Schwartau, Klempner Karl Höft aus Riendorf a. d. O., Revierförster Buchholz aus Israelsdorf, Kaufmann Heinrich Johannes Daniel Meyer, Geschäftsführer Wilhelm Dahms, Schlachtermeister Christian Hehl aus Lübeck, Gemeindevorsteher Joachim Kahns aus Hollenbeck.

Ausgabe der eisernen Ersatzuhrketten durch die Goldankaufsstellen. Wir werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht: Nachdem in diesen Tagen der größte Teile der für Lübeck zunächst benötigten eisernen Ersatzuhrketten eingetroffen ist, werden die Goldankaufsstellen am Dienstag, dem 7. November, mit deren Verkauf an die Einlieferer von goldenen Uhrketten und Lougnonketten beginnen. Um eine möglichst schnelle Abfertigung der Käufer zu ermöglichen, können in der nächsten Woche nur alle diejenigen Einlieferer berücksichtigt werden, deren Gedenkblätter im Juli ausgestellt sind. Für die weitere Verteilung werden nähere Bekanntmachungen folgen. Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in den Schaufenstern der betreffenden Goldschmiede die eisernen Ersatzuhrketten ausgestellt sind, so daß sich jeder schon vor dem Kauf über die Auswahl der von ihm gewünschten eisernen Uhrkette schlüssig werden kann; hierbei ist zu beachten, daß an Stelle einer abgegebenen Herrenuhrkette auch eine Damenkette oder umgekehrt erworben werden kann.

In der Kriegsausstellung im Colosseum zu Lübeck sind seit der Eröffnung am Mittwoch noch mancherlei Vermehrungen und Veränderungen vorgekommen. So ist eine Orthopädische Abteilung für den Ersatz künstlicher Glieder hinzugetreten und die bisher auf dem Musikempore aufgestellt gewesene Sammlung englischer Werbeplakate, Notgeld und sonstigen interessanten Drucksachen ist zum Saal IV neben dem Postmuseum übersiedelt. Auch die historische Abteilung hat eine weitere Bereicherung erfahren, und wird auch noch ferner durch tägliche Einlieferungen vermehrt. — Eine hübsche Briefverschlußmarke sowie Postkarten von der Ausstellung und Bilder von Kriegsausmärschen Lübecker Truppenteile sind am Verkaufsstand der Ausstellung erhältlich. Am Dienstag nachmittag findet von 6—9 Uhr ein Konzert der Kapelle des Ersatz-Bataillons der 84er in der Ausstellung statt. — Ein angegliederter Gastraum ermöglicht nach der Besichtigung das Verweilen in den Sälen. — Außer von Lübeck ist die Ausstellung bereits zahlreich von Außerhalb besucht, auch einzelne Schulen aus Mölln, Klütz, Travemünde usw. haben sich neben Lübecker Schulen im Klassenverbande eingestellt um die mannigfaltige Ausstellung einer Besichtigung zu unterziehen. Für die Schulen ist eine vorherige Anmeldung erwünscht, um eine bequeme Besichtigung zu ermöglichen. Der Ausstellungsausschuß hat an den Ausstellungskassen eine Goldannahmestelle eingerichtet und gewährt jedem, der 20 Mark in Gold bringt, freien Eintritt. An den Verkaufsständen findet ein Verkauf von Granaten-Sprengstücken statt. Ein Besitzzeugnis wird jedem Sprengstück beigegeben.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Die berühmte Tänzerin Lucy Kieselhausen ist in Lübeck eingetroffen, um die letzten Proben und Vorbereitungen für ihr Gastspiel im Stadttheater selbst zu leiten. Am Dienstag wird Lucy Kieselhausen ihre Kunst dem Lübecker Publikum vorführen. Die Künstlerin bringt zu diesem Zweck ihr eigenes Ballett und eigene Dekorationen mit. Es ist zu hoffen, daß ihre Tanzkunst in Lübeck dem regsten Interesse begegnen wird, umsomehr, als seit Jahren kein Ballett größeren Stils hier zur Aufführung gelangte.

pb. **Wieder ein Schwein gestohlen.** In der Nacht zum Freitag dem 3. d. M., ist ein 250 Pfund schweres Schwein aus dem Stalle eines Grundstückes in der Geninerstraße gestohlen und am Tatorte getötet worden. Der Geschädigte setzt für die Wiederherbeischaffung des Schweines oder für den, der den Täter so namhaft machen kann, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, eine hohe Belohnung aus.

pb. **Ermittelt und festgenommen** sind zwei hier kürzlich zugereiste Arbeitsburschen, die dringend verdächtig sind, auf ihrer früheren Arbeitsstelle, der Mergelbahn in Segeberg, einem Arbeitskollegen mehrere Kleidungsstücke und eine namhafte Summe Geld gestohlen zu haben. Einer der Festgenommenen reiste auf falschen Legitimationspapieren.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** Am 3. d. M. wurde in einer Krämerei der Wickedestraße ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei dem Täter außer 10 bis 12 Mark bares Geld 50 bis 60 Stück Fünf-Pfennig-Briefmarken in die Hände fielen.

pb. **Entwendete Stiefel.** Am 2. d. M., nachmittags, ist von dem Gepäcktisch der Gepäckabfertigung am Bahnhof ein Karton, enthaltend 1 Paar braune Offizier-Schnürstiefel, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Fürstentum Lübeck. Die Erlaubnis zur Vornahme von Hausschlachtungen ist unter Benutzung eines bei den Bauervögten erhältlichen Antragsformulars beim Vorsitzenden des Landesvorstandes zu beantragen. Erst nach erhaltener schriftlicher Genehmigung darf die Schlachtung vorgenommen werden. Sofort nach der Schlachtung ist das Schlachtgewicht des Tieres vom Fleischbeschauer, oder bei dessen Behinderung vom Bauervogt feststellen und auf dem Erlaubnisschein vermerken zu lassen. An den Wäger ist eine Gebühr von 50 Pfg. und, falls das Wiegen vom Fleischbeschauer zugleich mit der Fleischbeschau vorgenommen wird, eine Gebühr von 20 Pfg. zu entrichten. Schlachtungen, die ohne eingeholte schriftliche Genehmigungen vorgenommen werden, ziehen sowohl für den Eigentümer des Tieres als für den Hausschlachter, der die Schlachtung vornimmt, die schärfste Strafe nach sich; außerdem verfällt das aus solchen Schlachtungen stammende Fleisch ohne Entschädigung dem Landesverband.

Alt-Rahlstedt. Ein Kind ertrunken. Freitag nachmittag fiel die vierjährige Tochter des Maurers L. Hinsch, Wittigstraße, beim Spielen mit andern Kindern in den Mühlenteich. Die Kinder erzählten es der Mutter, worauf die Feuerwehr den Teich absuchte. Die kleine Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden.

Hamburg. Teuerungszulage im Hamburger Holzgewerbe. Das „Hamb. Fremdenblatt" berichtet: Am Sonnabend tagte im Gewerbehaus eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Tischlermeister von Hamburg, Altona und Wandsbeck unter Leitung des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarstädten (E. V.), Herrn Hugo Weigand, die zu der jetzt herrschenden Teurung eingehend Stellung nahm. Nach einem Bericht des Herrn W. Wolfromm über die Forderungen der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, die auf eine Lohnerhöhung abzielen, wurde der Vorschlag des Vorstandes, ab 30. Oktober eine Teurungszulage von 1 Mk. für den Tag, gleich 6 Mk. für die Woche, zu gewähren, nach eingehender Aussprache einstimmig angenommen und den Mitgliedern des Gewerbes die Gewährung dringend empfohlen.

Kiel. Sozialdemokratische Wahlbeteiligung an Stadtratswahlen in Kiel. Demnächst läuft in Kiel die Wahlperiode zweier unbesoldeter Stadträte ab, die Neuwahl ist auf den 20. November angesetzt. Die schleswig-holsteinische Städteverordnung schreibt vor, daß die Magistratsmitglieder (ein

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 6. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Dauerschlacht an der Somme war der 5. November wiederum ein großer Kampftag erster Ordnung.

Engländer und Franzosen haben mit bedeutenden Kräften und unter Einsatz der ganzen Feuerkraft ihrer Artillerie einen gewaltigen Stoß gegen die Front des Generals von Below geführt. Die unter den Befehlen der Generale Freiherr von Marschall, von Daimling und von Garnier stehenden Truppen verschiedener deutscher Stämme haben unerschütterlich standgehalten und dem Feinde eine schwere Niederlage bereitet. Teile des Straßburger Korps, des sächsischen und Badener Kontingents, Berliner, Hanseaten sowie das Meininger Infanterie-Regiment haben sich besonders ausgezeichnet.

Auf der ganzen fast 20 Kilometer breiten Angriffsfront von Le Sars bis Bouchavesnes haben die verbündeten Gegner größte blutige Verluste erlitten und, abgesehen von einem örtlichen Gewinn am Nordteil des St.-Pierre-Vaast-Waldes, nichts erreicht. Wo sonst der Feind in unsere Linie vordringen konnte, wurde er sofort wieder hinausgeworfen und er ließ zehn Offiziere und 310 Mann und Beute in unserer Hand. Nordöstlich von Le Sars wurden allein über 70 Gefangene und 11 Maschinengewehre eingebracht.

Bei Soissons wurde der Angriff einer schwachen französischen Abteilung abgeschlagen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Rechts der Maas im Abschnitt von Hardomont heftige Artillerie- und Handgranatenkämpfe.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Der Kampf im Toelgyns-Abschnitt sowie zwischen der Altschanz- und Bodza-Paß-Straße dauert ohne wesentliche Aenderung der Lage an.

Südwestlich von Predeal gewannen wir die Höhe La Omu und machten südöstlich des Roten-Turm-Passes weitere Fortschritte.

Beiderseits der Szurdut-Paß-Straße wurden rumänische Angriffe abgeschlagen. Wir nahmen an der Südfront über 450 Mann gefangen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

schließlich der beiden Bürgermeister) von der gesamten wahlberechtigten Bürgerschaft unter demselben Wahlrecht gewählt werden, das für die Stadtverordnetenwahlen gilt. Eine aus sämtlichen Magistratsmitgliedern und einer gleichen Anzahl von Stadtverordneten bestehende Präsentationskommission hat der Bürgerschaft drei Kandidaten zu präsentieren. Bei früheren Wahlen sind alle Versuche der sozialdemokratischen Vertreter in den Präsentationskommissionen, auch einen Sozialdemokraten mit zu präsentieren, an dem geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder gescheitert. Bei den Verhandlungen in der Präsentationskommission für die bevorstehenden Wahlen ist es nun den sozialdemokratischen Vertretern gelungen, durch energische Vorstellungen die bürgerlichen Stadtverordneten und die Magistratsmitglieder zu bewegen, dafür zu stimmen, daß auf die Kandidatenliste für das eine Stadtratsamt auch ein sozialdemokratischer Kandidat, der sozialdemokratische Stadtverordnete Rindfleisch, gesetzt worden ist. Die letzte gut besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel hat daraufhin einstimmig die Beteiligung an den Stadtratswahlen beschlossen. Wenn die Kieler Arbeiter auf dem Posten sind, dürfte die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten sicher sein. — Tödlicher Unglücksfall. Sonnabend nachmittag geriet der fünfjährige Knabe Sch. vom Steinberg in der Holstenstraße unter die Straßenbahn und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er bald erlag.

Harburg. Wegen Kriegswuchers wurden die Händlerin Helene Ahlers in Harburg und der Landwirt Fritz Hagel in Sottorf (Kreis Harburg) vom hiesigen Schöffengericht zu 75 beziehungsweise 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten forderten auf dem Wochenmarkt für Steckrüben 20 und 25 Pfg. Die A. hatte für die Rüben 11 Pfg. bezahlt, also über das Doppelte wiedergenommen, während H. Selbsterzeuger war und obendrein noch unreife Rüben lieferte.

Bremen. Bürgermeister Stadtländer gestorben. Bürgermeister Senator Dr. Stadtländer ist in der Nacht zum Sonnabend im 72. Lebensjahre verstorben. Stadtländer war von 1912 bis 1915 Bürgermeister.

Theater und Musik.

Im Stadttheater erfreute Flotows Oper „Martha" gestern ein sehr zahlreiches Publikum. Die altbekannten Melodien, die manchen Leuten schon ein wenig altmodisch erscheinen, besitzen eben immer noch ihren ausgedehnten Freundeskreis. Dazu kommt, daß das Werk vier dankbare und vielbegehrte Partien enthält. Am Sonntag konnte Herr Hanson-Oerne als Lyonel den weichen Glanz seines schönen Organs ausstrahlen lassen: die Arie „Ach so fromm, ach so traut" mußte er auf stürmisches Verlangen wiederholen. Ihm stand in Fräul. Schadow eine zierliche Lady Harriet zur Seite, die bis auf ihre etwas zu stürmische Werbung im letzten Akt anmutig und geschmackvoll im Gesang und Spiel war. Fräul. Meisner, unsere in dieser Spielzeit bisher nur wenig beschäftigte tüchtige Altistin, gab die Nancy schalkhaft und mit Humor, während Herr Scanzer als ihr etwas derberer Liebhaber Plumkett mehr durch die Kraft als die Schönheit seines Basses hervortrat. Eine wirkungsvolle feinkomische Gestalt schuf Herr Ludewigs als Lord Tristan. Die von Kapellmeister Dr. Reisch sicher geleitete Vorstellung fand vielen Beifall. P. L.

Aus der Partei.

Nachträgliches zur Schutzhaftdebatte. Wie in der Reichstagssitzung vom 28. Oktober mitgeteilt wurde, ist Genosse Mehring, der seit dem 15. August 1916 in der Berliner Stadtvogtei in Schutzhaft saß, kürzlich nach der Lazarettabteilung des Untersuchungsgefängnisses in Moabit überführt worden. Aus zuverlässiger Quelle wird uns dazu mitgeteilt, daß diese Ueberführung in einem Transportwagen der Polizei, dem sogenannten „Grünen August", geschah. Zusammen mit Mehring wurden einige Diebe und Prostituierte transportiert. Unterwegs klopfte einer der Diebe dem greisen Mehring auf die Schulter und meinte gutmütig: „Na, kannst Dich ruhig drüben (auf die gegenüberstehende Bank) bei die Mädchens setzen, bist ja alt genug!"

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Lebensmittelwucherer freigesprochen! Vor dem Mannheimer Schöffengericht hatte sich der Kaufmann Rob. Jeselsohn wegen „übermäßiger Preissteigerung zu verantworten. Er hatte markenfreies — angeblich aus dem Auslande hereingeschmuggeltes — Mehl den Zentner zu 210 Mk. angeboten. Er hatte dieses Angebot aber sofort zurückgezogen, als er glaubte, einen höheren Preis dafür erzielen zu können und hatte es an einer anderen Stelle zu 215 Mk. angeboten. Der Verteidiger machte geltend, daß dieses Mehl nicht unter die Artikel des täglichen Bedarfs falle, sondern ein Luxusartikel sei. Denn nur reiche Leute könnten es sich leisten, aus solch teurem Mehl Kuchen zu backen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Angeklagte sich der Strafbarkeit seiner Handlungen nicht bewußt gewesen sei.

Aus Nah und Fern.

Wahnsinnstat eines Vaters. In Göttendorf (Reuß j. L.) erdrosselte der Arbeiter Seidel seine beiden Kinder, ein sechsjähriges Mädchen und einen vier Jahr alten Knaben. Darauf unternahm Seidel einen Selbstmordversuch mit einem Rasiermesser; er hat anscheinend die Tat in einem Anfall von Geistesgestörtheit vollbracht.

Explosion in der Dessauer Gasanstalt. Sonnabend mittag gegen 1 Uhr flogen das Maschinenhaus und das Reinigungshaus der Gasanstalt in die Luft. Der Dampfkessel der Anstalt flog auf und nahm das Reinigungshaus mit seinen großen Retorten mit. Sämtliche Dächer auf dem Grundstück der Anstalt sind abgedeckt und die Wände eingedrückt worden. Das Feuer wurde durch die herbeigeeilte Feuerwehr gelöscht. In der Stadt wurden hunderte Spiegelscheiben eingedrückt. Ueberall sind die Straße wie mit Glas übersät. Menschenleben sind nicht zu beklagen; 2 Personen wurden leicht verletzt. Das nahe der Gasanstalt liegende Garnisonlazarett wurde sofort geräumt. Der Betrieb ist gestört, die Stadt ohne Licht. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

Der Strumpf als Geldschrank. Unter der Spitzmarke: „Immer wieder der Strumpf als Uebeltäter" teilt die „Posener Genossenschafts-Zeitung" mit: Durch Feuer eingeäschert wurde das ganze Gehöft des Landwirts, Mitkiewicz in Kluczewo. Den Eheleuten, die während des Brandes auf dem Felde waren, sind ihre ganzen Ersparnisse von 1500 Mark, die sie aus Angst vor dem Kriege von der Sparkasse abgehoben hatten, mitverbrannt. — Bietet die örtliche Spar- und Darlehnskasse immer noch nicht genügende Sicherheit? Der Krieg sollte uns doch endlich klug gemacht haben!

Schiffszusammenstoß. Der irische Postdampfer „Connemare" stieß, nachdem er Greenore verlassen hatte, mit dem Dampfer „Ketriover" zusammen; beide sind gesunken, nur eine Person wurde von beiden Schiffen gerettet. Man befürchtet, daß dreihundert Menschen umgekommen sind.

Verlustlisten.

Erschienen sind:

Liste Nr. 12 der aus Rußland zurückgekehrten preußischen Austausch-Gefangenen.

Preußische Verlustliste Nr. 677.

Bayerische Verlustlisten Nr. 313 und 314.

Sächsische Verlustliste Nr. 351.

Württembergische Verlustliste Nr. 488.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
betreffend Preise für Gemüse und Obst.

Die von dem Ausschuß für Kartoffeln, Gemüse und Obst der hiesigen Preisprüfungsstelle eingesetzte Kommission hat für die laufende Woche für Gemüse und Obst folgende Preise beim Verkauf an den Verbraucher als angemessen festgestellt:

Für Weißkohl	5 bis 6	Pfg. für das Pfd.
„ Rotkohl	10 „ 12	„ „ „ „
„ Steckrüben	5 „ 6	„ „ „ „
„ Wurzeln	12	„ „ „ „
„ do.	8	„ „ „ Bund
„ Zwiebeln	15 „ 20	„ „ „ Pfd.
„ Kochbirnen	30 „ 35	„ „ „ „

Die vorstehenden Preise sind Angemessenheitspreise. Sie bieten eine Grundlage, um gegen Personen, welche übermäßige Preise fordern, strafrechtlich vorgehen zu können.

Für Falläpfel . . . . . beträgt der Höchstpreis 12.5 Pfg.
„ gepflückte Wirtschaftsäpfel „ „ „ 17 „

Lübeck, den 6. November 1916. (5511

Die Preisprüfungsstelle.

Bekanntmachung.

In der Heilanstalt Strecknitz ist eine **Ruhr-Epidemie** zum Ausbruch gekommen. Die Krankheit nimmt im allgemeinen einen milden Verlauf. Wahrscheinlich erfolgte die Ansteckung durch Soldaten, die aus einem Ruhrgebiet kamen. Das Gesundheitsamt hat die getroffenen gesundheitlichen Maßnahmen geprüft und gebilligt. **Ein Grund zu irgend welcher Beunruhigung der Bevölkerung liegt nicht vor.**

5506) **Dr. Wattenberg.**

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber hoffnungsvoller Sohn, der Musketier

Georg Latter

im Alter von 24 Jahren am 30. Oktober gefallen ist.

Dies zeigen an seine tiefbetrübten Eltern
Conrad Latter und Frau, geb. Petersen.
Thomas Sönnichsen u. Frau geb. Latter.
Julius Gumpert und Frau geb. Dechau.
Henriette Latter.
Wilhelm Latter, z. Zt. im Felde, u. Frau geb. Lindahl
Hermann Latter.
August Latter, zur Zeit im Felde. 5509

Ruhe sanft in fremder Erde!

Statt Karten.

Danksagung.

Für die bewiesene zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden meiner lieben Frau, Schwester, Schwägerin und Tante sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, Herrn Pastor Mildenstein für die trostreichen Worte, meinen innigsten Dank. 5500

Heinrich Leverman.

Verband der Schneider, Schneiderinn. u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Dem Weltkriege zum Opfer fiel am 5 Oktober an . . . . unser Mitglied

Arthur Ront.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

5508) **Die Ortsverwaltung.**

Zu kaufen gesucht (5504
Haussammlungen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, Pferde- und Schweinehaare zu höchsten Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Weißenburgstr. 25.
Telephon 2490.

Metallbetten an Private. Katal. frei. 5511
Holzrahmenmatr., Kinderbetten.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Wer zerissenes Schuhwerk, Gespinne, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Fär usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die
Kühlle Stepperin D.R.G.M.
Schön, beste Konstruktion. Näht Stepp- sich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadelversorgung und Leinenzwirn, verpackt und portofrei. In Lederhandlungen, Sattlereien oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.
5502

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (5503
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Carmacher, Hüxstr. 71

Gasthof Stadt Schleswig
Hundestraße 14.
Bringe allen Freunden und Bekannten mein Lokal in beste Erinnerung. 5514
Heinr. Fedder.

Taschenuhren Wanduhren Weckuhren Silberwaren
Willi Westfehling. 5505
32 Holstenstr. 32.
Uhren-Reparatur-Werkstatt.

Knochenverkauf.
Dienstag, d. 7. Novbr. 1916
Nr. 701—800 v. 10-12 U. vorm.
Nr. 801—1000 v. 2-4 Uhr nachm.
Nr. 1001—1200 v. 4-6 Uhr nachm.
5512 **Paul Lohrmann.**

Vaterländisch. Frauenverein
Ausgabe von Strickwolle am Dienstag, d. 7. Novbr. bei
Frau **Kühn,** Am Brink 4.
Frau Professor **Kümmel,** Bugenhagenstraße 13
Frau Pastor **Mildenstein,** Moislinger Allee 96
Frau Hauptpastor **Stülcken,** Kirchenstraße 7
nachmittags um 5 Uhr und in der **Nähstube vom Roten Kreuz,** St. Annenstraße 2, morgens von 9 Uhr ab. 5518

Voranzeige!
Am Sonntag, dem 19. November: 5510
Groß. Unterhaltungs-Abend der Freien Jugend
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Unter Mitwirkung des Männer- und Damenchors des Chorvereins.
Konzert der Schutzmannskapelle.
Dirigent: Herr Wachtmeister Gebert.
Ansprache. Rezitationen. Reigenaufführung.
Der Reinertrag ist zum Besten der Familienfürsorge d. Roten Kreuzes bestimmt.
Anfang 8 Uhr. **Eintrittskarte 25 Pfennig.**
Freundlichst ladet ein
Der Jugendausschuss.
Karten im Vorverkauf im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Expedition des „Lübecker Volksboten", bei Karl Wittfoot u. Gustav Ehlers, Hüxstr., sowie bei den Funktionären der Arbeiter-Jugend.

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratische Frauen.
Mittwoch, den 8. November, abends 8½ Uhr
Leseabend
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.
Es wird um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. 5517

Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
Montag, den 6. November,
abends 8½ Uhr **präzise**
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1916.
Anteilscheine legitimieren.
Lübecker Gen.-Bäckerei e. G. m. b. H.
5519) Der Vorstand.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München — Zeitschrift für Humor und Kunst — Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion Theatinerstraße 41III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

5516
Wochentags 10—9 Uhr abends, Sonntags 11—10 Uhr abends.
Dienstag, 7. Novbr., 6—8 Uhr:
Konzert
der Kapelle des Ers.-Bat. 84er.
Kriegswettrennspiel.
Eintritt 50 Pfg.
Soldaten und Kinder 25 Pfg.
Wer 20 Mark Gold bringt, hat freien Eintritt und erhält eine Bescheinigung.
Granaten-Sprengstück-Verkauf.

Stadttheater. 5515
Dienstag, d. 7. Novbr. 1916:
Einmaliges Gastspiel
von
Lucy Kieselhausen mit ihrem Ballett.
Mittwoch, d. 8. November 1916
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Donnerstag, d. 9. Novbr. 1916
Mona Lisa.
Oper von Max Schillings.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.
Täglich 8 Uhr: (5513
Uebern großen Teich.
Volksstück mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von A. Philipp.
Vorvk. Zigg. Sager, Kohlmarkt und Theaterkasse.

Nr. 261
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 6. November 1916

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten".)

Berlin, 4. November.

74. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Regierung, der Vertagung des Reichstages bis zum 13. Februar 1917 zuzustimmen.

Ebert (Soz.): Meine Freunde haben eine Regelung befürwortet, die dem Reichstag die Möglichkeit beließ, zusammenzutreten, wenn er es für zweckmäßig erachtet. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Regierung auch vor dem Februar den Reichstag zusammenberufen wird, wenn der Reichshaltsausschuß, der ja weiter tagt, es für notwendig erachtet.

Bassermann (Natl.): Auch wir hätten statt der Vertagung durch kaiserliche Verordnung lieber eine solche gesehen, die dem Reichstag das Recht beließ, wieder zusammenzutreten, wenn wichtige Dinge vorliegen.

Haase (Soz. Arbg.): Meine Freunde können sich mit der vorgeschlagenen Vertagung nicht einverstanden erklären. Jeder Tag kann folgenschwere Ereignisse bringen und die Bedeutung des Reichstags wird herabgewürdigt, wenn er nicht sofort dazu Stellung nehmen kann. Wenn der Reichstag auf seine Stellung als mitbestimmender Faktor der Geschicke des Reichs nicht verzichten will, so muß er gerade jetzt darauf achten, daß er nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Das baldige Zusammentreten des Reichstags ist schon deshalb erforderlich, um durch gesteigerten Druck das durchzusetzen, was der Reichstag bisher immer vergeblich gefordert hat. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Arbg.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Das Zusammentreten der Budgetkommission ist auch während der Vertagung ermöglicht, die Vertagung selbst aber ist aus dringenden Gründen der Geschäftsführung der Reichsleitung notwendig. Falls dringende Ereignisse ein früheres Zusammentreten des Reichstages erwünscht erscheinen lassen, so wird der Kaiser ihn sicherlich zusammenberufen.

Der Antrag auf Vertagung des Reichstags wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs betr. die Schutzhaft.

Ministerialdirektor Lewald: Die Regierung kann im gegenwärtigen Moment keine Stellung zum Gesetzentwurf nehmen. Die vom Staatssekretär des Innern zugesagte Untersuchung der einzelnen im Reichstag vorgebrachten Fälle ist eingeleitet. Außerdem ist vom Reichsamt des Innern und vom Oberkommando eine Kommission mit Ausarbeitung einer Instruktion über die Schutzhaft beauftragt, die von einer liberalen weitherzigen Auffassung ausgeht. Wenn der Reichstag im Februar zusammentritt, werden solche Fälle, wie die hier zum allgemeinen Bedauern mitgeteilten, nicht wieder vorgekommen sein.

Es wird sofort in die zweite Lesung eingetreten.

Landsberg (Soz.): Wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß der Belagerungszustand, diese Grundlage für die Schutzhaft, ungesetzlich ist. Eine Verhaftung ohne richterlichen Beschluß ist mit dem Rechtsempfinden des Volkes unvereinbar. Mit unseren Anträgen auf Aufhebung des Belagerungszustandes sind wir leider nicht durchgedrungen. Im vorliegenden Entwurf erblicken wir eine allerdings nur sehr bescheidene Reform. Daß dem Verhafteten der Grund der Verhaftung mitzuteilen ist, daß er ein Beschwerderecht hat, daß er vernommen werden muß, daß er ein Recht auf einen Verteidiger hat, sind Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Daß bei einer Verhaftung ohne Begründung eine Schadensersatzpflicht besteht, ist selbstverständlich. (Sehr richtig!) Nach dem Entwurf soll die Haft nur zulässig sein, „wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist." Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht bei einer Gefährdung der Ordnung, sondern nur bei einer ernsten, nicht anders zu vermeidenden Gefahr anzuwenden ist. Freilich wird auch diese Formulierung vor Mißbrauch kaum schützen. Immerhin bedeutet der Entwurf eine Verbesserung des bestehenden Zustandes und wir werden ihn deshalb annehmen. (Beifall b. d. Soz.)

Haase (Soz. Arbg.) Der Belagerungszustand wird im Widerspruch mit der Verfassung aufrecht erhalten. Seine volle Beseitigung ist nach wie vor dringendes Gebot. Die sogenannte Schutzhaft wird fast durweg nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen verhängt. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Auch nach dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Gegner des gegenwärtigen Systems aus nichtigsten Gründen verfolgt und der Freiheit beraubt werden. Die Worte „wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist", werden der Willkür den weitesten Spielraum gewähren. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Während die Willkür jetzt aber schrankenlos ist, werden ihr durch den Entwurf immerhin einige Schranken gesetzt. Als ganzes bedeutet er daher eine Verbesserung für die unglücklichen Opfer der Schutzhaft und deshalb werden wir ihm als einen Notbehelf zustimmen.

Die Debatte schließt. Es wird sofort in die dritte Beratung eingetreten.

Scheidemann (Soz.): Als Vorsitzender der Kommission und in ihrem Auftrage richte ich das dringende Ersuchen an die Verbündeten Regierungen, so schnell als möglich zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen und ihre Zustimmung dazu zu geben. Solche Vorkommnisse, die nicht nur von der Kommission, sondern von dem ganzen Reichstage und dem ganzen Volk auf das Tiefste beklagt und verurteilt worden sind, dürfen unter keinen Umständen sich wiederholen. Die Regierung würde eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie auch nur eine Minute zögern würde, dieses Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. (Bravo!)

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen, die Verkündung dieses Resultats wird mit Bravorufen begrüßt.

Es folgt die Beratung des Berichts des Ausschusses für Handel und Gewerbe. Er beantragt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine angemessene Beihilfe für die Leipziger Messe in Aussicht zu nehmen.

Dittmann (Soz. Arbg.): Meine Fraktion sieht keinen Grund, um die Regierung zu diesem Antrage aufzufordern. Sollte sie eine solche Position in den Etat aufnehmen, so behalten wir uns unsere sachliche Stellungnahme bei der Etatberatung vor.

Stresemann (Natl.): Wir bedauern die Stellung des Vorredners. Gerade eine Partei, die Arbeiterinteressen vertreten will, sollte Verständnis dafür haben, welche Bedeutung dieser Antrag für die Industrie hat.

Molkenbuhr (Soz.): Wir stimmen dem Antrage zu. Die Leipziger Messe war von jeher ein Sammelpunkt, wo Menschen aus allen Nationen zusammentraten, um in friedlichem Wettbewerb ihre Produkte auszutauschen. Wir sehnen eine Zeit wieder herbei, wo Menschen aus allen Nationen friedlich zusammenarbeiten. Die Leipziger Messe ist ein solcher Sammelpunkt für Kaufleute aus allen Nationen gewesen. Es ist ja zu begreifen, daß die Leute, die den deutschen Handel bekämpfen wollen, alle Anstrengungen machen, um Konkurrenzunternehmungen gegen die Leipziger Masse zu schaffen, wie es in England und Frankreich geschieht. Wir stimmen dem Antrag namentlich deshalb zu, weil die Leipziger Messe Gelegenheit gegeben hat, einem Teil unserer Industrie einen Auslandsmarkt zu verschaffen. Das liegt im Interesse der deutschen Arbeiterschaft. Wir sehen in dem Antrage eine Vorbereitung für den internationalen Handel.

Regierungskommissar Geheimrat Müller verspricht wohlwollende Prüfung des Antrages.

Aug. Dittmann (SA.): Ich habe nicht sachliche Gründe gegen eine Beihilfe zur Leipziger Messe vorgebracht, eine sachliche Stellungnahme behalten wir uns für die Etatberatung vor. Wir sehen nur keinen Grund, die Regierung zu dieser Geldausgabe aufzufordern.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Carstens (Vp.), Schiele (K.), Bell (Z.), Arendt (D. Frakt.) wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Hierauf wird die Debatte über die

Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Herold (Z.): In den Vorstand des Kriegsernährungsamts sollte auch ein Vertreter des Kleinhandels berufen werden. Der parlamentarische Ernährungsbeirat war eine Notwendigkeit. Den Preissteigerungen muß entschiedener entgegengetreten werden. In der Kartoffelversorgung ist in der letzten Zeit einige Besserung eingetreten. Wir erwarten bestimmt, daß die Kartoffelpreise nicht wieder erhöht werden. Zur Spiritusbereitung dürfen Kartoffeln so wenig wie möglich verwendet werden. Bei den Fortschritten unserer Technik muß es möglich sein, Spiritus aus anderen Stoffen zu bereiten. Die Anordnungen in bezug auf die Fettverteilung begrüßen wir. Die Viehhaltung befindet sich in günstiger Entwicklung. Die Anträge auf Herabsetzung des Viehstandes sind recht bedenklich. Die Hauptaufgabe für das nächste Jahr wird die Hebung der Produktion sein, damit mehr zur Verteilung gelangen kann. Aber an einen Produktionszwang in der Landwirtschaft ist gar nicht zu denken. Den Zuckerrübenbau und den Anbau von Hülsenfrüchten kann man mit Leichtigkeit vermehren, ohne die Getreideproduktion zu beeinträchtigen. Aber eine intensive Düngung ist dazu notwendig. Unser gesamtes Volk hat die notwendigen Entbehrungen mit dem größten Opfermut getragen. Wir können deshalb sicher sein, daß auch bei voller Absperrung unsere Volksernährung gewährleistet ist. Ein Volk, das solche Opfer in dieser Weise trägt, und mit solcher Einigkeit zusammenhält, muß den Sieg davontragen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Eine Rückkehr zum freien Handel wäre sehr bedenklich. Hätten wir den Zwang nicht, so würden die Preise noch viel höher sein, in Luxemburg z. B. werden auf dem freien Markt für den Zentner Kartoffeln 24 Mk. bezahlt. Das System der Höchstpreise, der Rationierung, der Zwangsabgabe war also unbedingt notwendig, sonst wäre längst der wirtschaftliche Zusammenbruch eingetreten. Den Produktionszwang lehnt der Vorredner und auch der Präsident des Kriegsernährungsamtes ab. In dem Sinne, daß der einzelne Grundbesitzer vorgeschrieben bekommt, was er anbauen soll, hat ihn wohl überhaupt niemand jemals gefordert, wohl aber muß ein Zwang da sein, den vorhandenen Boden auch wirklich auszunutzen und für den Anbau zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Recht unbefriedigend ist auch die Preispolitik des Kriegsernährungsamtes (K. E.). Es begann seine Tätigkeit mit der Heraufsetzung des Kartoffelpreises über den vorjährigen Preis; es wollte dadurch einen Anreiz zur Beschickung des Marktes schaffen. Das war aber verfehlt, denn bei hohen Preisen wächst stets die Erwartung der Produzenten auf noch höhere Preise. Das hat sich gerade bei den Kartoffeln gezeigt. Auch das K. E. mußte sich schließlich überzeugen, daß das einzige Mittel, die notwendigen Nahrungsmittel an den Markt zu bringen, der Zwang ist. Wir sehen ja, wie die Stadtverwaltungen klagen, sie bekommen keine Kartoffeln geliefert, obwohl doch jetzt die Möglichkeit dazu durchaus besteht. Mit der Frühjahrsversorgung ist es freilich etwas anderes; wird ein ausreichender Vorrat nicht rechtzeitig sichergestellt, so werden wir im Frühjahr zu sehr bedenklichen Zuständen kommen. Auch die Höchstpreise für inländische Fische sind um 15 bis 50 Mk. pro Zentner erhöht worden, obwohl die Preise schon weit über dem Friedenspreis standen. Geradezu unerhörte Zustände herrschen hier, wird doch für geräucherten Aal im Kleinhandel 8 Mk. pro Pfund verlangt. Gegen diese Preistreiberei hätte das K. E. längst einschreiten müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die weitesten Volkskreise bilden die Fische einen Ersatz für Fleisch, der jetzt auch wegfallen muß. Auch die Wildpreise sind erhöht worden, um Wild nach den großen Städten zu bringen. Dieser Zweck ist natürlich nicht erreicht worden. Bei Gerste und Hafer ist ja eine Erleichterung eingetreten, aber der Preis muß auf den für Roggen herabgesetzt werden, damit das Korn nicht verfüttert, sondern in höherem Maße für Graupen und Grützfabrikation gewonnen wird.

Welche Stellung hat das neugegründete Kriegsamt in der Lebensmittelversorgung. Soll es nur die in den Produktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter versorgen oder greift seine Tätigkeit weiter. Grundsätzlich kann man mit einer Einrichtung einverstanden sein, die das viele Durcheinander in der Versorgung unseres Volkes zu beseitigen geeignet ist, mit einer Stelle, die die Befugnis hätte, Sonderinteressenten auszuschalten. Sehr geklagt wird über die Zurücksetzung des Handels in den Organisationen. Wir können dem nicht zustimmen. Der Handel hat sich in der Lebensmittelversorgung nicht bewährt, Preistreiberei und unerhörte Wucherpreise hat er verschuldet, der Kettenhandel ist nicht auszuschalten. Leider sind auch die Zwangsorganisationen vielfach bedenkliche Wege gewandelt. Im Viehhandelsverband werden Provisionen gezahlt, die weit über das im Frieden übliche hinausgehen, obwohl doch die Vermittlung jetzt besonders einfach ist. Einzelne Herren beziehen dort Revenuen gleich einem Ministergehalt (Hört, hört!) Im ganzen bleiben in den Provisionen dort rund 70 Millionen Mark stecken. (Erneutes Hört, hört!) Die unlauteren Machenschaften im Viehhandel auszuschalten, liegt im Interesse der Produzenten und Konsumenten (Sehr richtig!) Auch bei Futtergerste wird eine Vermittlungsgebühr von 20 Mk. pro Tonne gezahlt. Auch dort sollte man keine Summen ansammeln, um sie später wieder als Prämien bestimmten Kreisen zurückzugeben.

Besonders erfolglos war die Reichsstelle für Obst und Gemüse. Noch bis heute ist die Nachprüfung der großen Lieferungsverträge durch diese Stelle nicht erfolgt und von der Befugnis der Herabsetzung der Preise hat sie gar nicht Gebrauch gemacht. Nur ein Beispiel für das Verfahren dieser Stelle. In Dresden beschlagnahmte sie bei einem Händler für 1200 Mk. Pflaumen, die er aus Prag eingeführt hatte und verkaufte sie dann an denselben Händler für 1800 Mk. (Hört, hört!) Was soll sich der Händler sagen, der selbst der Gefahr der Bestrafung wegen Wuchers unterliegt? Der Vertreter der Reichsstelle sagte, wir mußten doch den Marktpreis nehmen. Das ist aber gerade das verkehrte, denn die Stelle soll ja gerade dafür sorgen, daß die Ware zum mäßigen Preise an das Publikum kommt. Die Stelle gewährt eine Verkaufsgebühr von 8 bis 10 Prozent, während bei dieser Ware ein Risiko für Schwund und Verderben ausgeschlossen ist. Diese Organisation hat sich eben von Interessenten des Handels vollständig einwickeln lassen und jedes Augenmaß für das, was not tut, verloren. (Lebh. Sehr wahr!) Die Herren vom Handel in solche Stellen hineinzunehmen, ist bedenklich, denn diese Herren suchen

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

15. Fortsetzung.

Ein auffallender Umstand machte seine Aufmerksamkeit rege; es hatte sich daselbst ein Haufe von Weibern und alten Frauen mit ihren Männern, eine Menge Gesindel angesammelt. Sie waren sämtlich berauscht und sangen Lieder; vor dem Wirtshaus stand ein Wagen von seltsamem Aeußern. Es war eines jener großen Gefährte, in welche man sehr große Zugpferde einspannt und auf denen Waren und Branntweinfässer transportiert werden. Der Knabe hatte stets diese großen, langmähnigen Pferde mit ihren stämmigen Beinen, wenn sie so ruhig dahinschritten, in gemessenem Gang mächtige Lasten hinter sich herschleppend, geliebt, die nie ruhten, gleich als befänden sie sich im Geschirr wohler, als ohne dasselbe. Aber hier war sonderbarerweise in den großmächtigen Wagen ein kleines, mageres, braunes Bauernpferd eingespannt, eines jener Art, die — er hatte das schon oft bemerkt — manchmal mit hohen Holz- oder Heulasten sich festfahren, besonders wenn der Wagen in Morast oder in tiefen Wagenspuren eingesunken ist, und die dann so grausam von den Bauern gepeitscht werden, oft mitten auf die Schnauze und über die Augen, was ihm so weh, so sehr weh getan hatte, wenn er es zu sehen bekam, sodaß er fast weinen mußte und die Mutter ihn alsdann vom Fenster wegführte.

Auf dem Platze wurde es sehr lebhaft; mit Geschrei, und unter dem Gebrüll von Liedern, dem Klang von Balalaiken kam eine trunkene Schar von Bauern in roten und blauen Hemden und übergeworfenen Jacken.

„Setzt euch ein! Alle einsteigen!" schrie ein noch junger Bursche mit einem Stiernacken und feistem Gesicht, rot wie eine Rübe, „ich will euch alle fahren, steigt ein!" Gelächter und Ausrufe ertönten ringsum.

„Die Schindmähre soll uns ziehen?"

„Bist du bei Verstande, Mikolka! Solch einen Klepper hast du an den großen Wagen gespannt?"

„Der gute Braune hat wohl sicher seine zwanzig Jahr auf dem Rücken!"

„Einsteigen, ich werde euch alle fahren!" brüllte Mikolka nochmals, zuerst auf den Wagen springend, nahm die Zügel und stellte sich breit auf das Vorderteil des Wagens.

„Der Fuchs ist mir schon längst mit Matwej davon gegangen," schrie er herab, „und die Mähre da, Brüder, ärgert mich nur noch; mag sie darauf zehen, sie frißt ihren Hafer ja doch umsonst. Also einsteigen, sag' ich! Wir wollen trab fahren; sie soll im Trab laufen!"

Er ergriff die Peitsche und begann voll niedriger Genugtuung das Pferd zu peitschen.

„Einsteigen, wozu zögern!" lachte der Haufe. „Hört ihr, es soll im Trab gehen!"

„Der Klepper ist wohl schon seit zehn Jahren nicht mehr gegangen!"

„Er soll es schon!"

„Schont nicht, Brüder, nehmt alle Peitschen, macht euch fertig!"

„Schlag los!"

Der Haufe stieg auf den Wagen Mikolkas unter Lachen und schlechten Späßen; ihrer sechs waren oben, aber es war noch für mehr Platz, jetzt nahmen sie noch ein altes Weib, dick und von roter Gesichtsfarbe mit hinauf, in einem Rock von rotem, bucharischem Zeug, einem Kopfputz mit Glaskorallen und ledernen Bauernschuhen; sie knackt Nüsse und lacht unaufhörlich. Rings um die Schar ertönt ebenfalls lustiges Johlen, und in der Tat, weshalb sollte man nicht lachen? Dieses armselige Pferd soll mit einem so schweren Wagen Trab fahren! Zwei der Burschen auf demselben ergriffen sogleich ihre Peitschen, um Mikolka zu unterstützen. „Los!" ertönt es, das Tier zieht mit allen Kräften an, aber geschweige in Trab, kommt es kaum bis zum langsamen Vorwärtsziehen; es vermag kaum mit den Füßen Halt zu finden, es stöhnt und knickt mit den Knien ein unter den vereinten Hieben der drei Knuten, welche wie Erbsen auf das Tier herniederpfeifen. Die Ausgelassenheit in dem Wagen und um ihn wächst, aber Mikolka gerät in Zorn; wütend schlägt er ohne Unterlaß auf das Pferd los in dem hartnäckigen Verlangen, daß es in schnellere Gangart falle.

„Laß mich wieder absteigen!" rief einer der übermütigen Burschen aus der Schar.

„Bleib sitzen, alle sitzen bleiben!" brüllt Mikolka, „es soll euch alle schon fahren! Ich will ihm die Hölle schon heiß machen!" Und er schlägt und schlägt und weiß nicht vor bestialischer Wut, womit er noch schlagen soll.

„Vater, lieber Vater," ruft der Knabe, „was tun die dort? Vater, sie schlagen das arme Pferd!"

„Komm, komm!" antwortet der Vater, „sie sind trunken und wissen nicht was sie tun, die Narren, komm mit mir, schau nicht hinüber"; er will den Knaben wegführen, doch dieser reißt sich los von des Vaters Hand und ohne sich zu besinnen, läuft er hin zu dem Pferd. Dies befand sich schon in trauriger Verfassung; es ist atemlos stehen geblieben, zieht dann nochmals an, stürzt aber beinahe zusammen.

„Schlagt es tot!" ruft Mikolka, „dazu taugt es gerade noch! Ich schlage es tot!"

„Was macht es dir für Beschwerden, wenn du es auch nicht mehr hast, Teufelskerl!" schrie ihm ein Alter aus der Menge zu.

„Hat man je gesehen, daß ein solcher Klepper solch einen Wagen ziehen könnte," rief ein anderer.

„Du machst es zu Schanden!" ein dritter.

„Hab' keine Angst, es ist mein Eigentum und mit dem kann ich machen was mir beliebt! Bleibt nur sitzen, alle! Ich will einmal, daß die Mähre Trab laufen soll!"

Eine Lachsalve ertönte und ließ nichts mehr verstehen. Das Pferd vermochte die unaufhörlichen Schläge nicht mehr auszuhalten und schlug aus. Selbst der Alte vermochte nicht mehr ein Lächeln zu unterdrücken; in der Tat, das Pferd war ein alter Klepper, aber es schlug doch noch aus! Zwei Burschen aus der Menge griffen jetzt ebenfalls noch zu ihren Peitschen und liefen zu dem Tier, um es von den Seiten zu bearbeiten; jeder von einer Seite.

„Auf die Schnauze, die Augen müßt ihr hauen, auf die Augen!" keuchte Mikolka.

„Ein Lied singen, Brüder!" brüllte einer vom Wagen herab und alle Insassen desselben leisteten Folge. Ein Gassenhauer ertönte, wozu jemand die Trommel schlug, der Refrain war Pfeifen; das alte Weib knackte Nüsse und lachte in einem fort.

Der Knabe eilt zu dem Pferde hin, er tritt vor dasselbe und sieht, wie es geschlagen wird, auf die Augen, mitten auf die Augen! Er beginnt heftig zu weinen, sein Herz wendet sich um und die Tränen fließen stromweis. Einer der Peitschenden stößt ihn ins Gesicht; er empfindet es nicht, er ringt nur die Hände und schreit, wirft sich vor dem Alten in grauem Bart nieder, welcher nur mit dem Kopfe schüttelt und all das mißbilligt. Ein Weib ergreift ihn an der Hand, um ihn wegzuführen, der Knabe aber reißt sich los und läuft wiederum zu dem Pferde hin. Dieses macht kaum mehr eine Anstrengung; es beginnt von neuem auszuschlagen.

„Daß dich der Teufel!" wütet Mikolka. Er wirft die Peitsche beiseite, bückt sich und nimmt die lange dicke Deichselstange vom Boden seines Wagens ab; erzreift dieselbe mit beiden Händen am einen Ende und hebt sie im Schwunge über seinem Braunen.

„Er zerschmettert ihn!" ertönte es ringsum.

„Er schlägt ihn tot!"

„Es ist mein Eigentum!" brüllt Mikolka und läßt die Deichselstange herniedersausen.

Ein schwerer Schlag erschallt.

„Schlagt doch, schlagt! Wozu habt ihr angefangen!" riefen mehrere aus der Menge.

(Fortsetzung folgt.)

ja solche Stellen absichtlich zu diskreditieren, um auf die Notwendigkeit des freien Handels hinzuweisen.

In größerem Umfange muß die Nährmittelfabrikation aus Gerste und Hafer gefördert werden, die einen Ersatz für Kartoffeln gibt. Die Argumente des Präsidenten des K. E. in bezug auf die Alkoholfrage tragen dem Ernst der Situation nicht voll Rechnung. Eine befriedigende Zusicherung bezüglich der Gersteverteuerung für Bier haben wir nicht erlangt. Bei dem Ernst des gegenwärtigen Zustandes der Volksernährung können wir lieber auf ein Glas Bier verzichten, als auf ein wichtiges Nährmittel. Ein Quantum von 900 000 Tonnen Gerste ist viel zu hoch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn in Oberschlesien das Alkoholverbot durchführbar war, wird es im übrigen Deutschland auch möglich sein. Wäre das Schnapsverbot die größte Unzuträglichkeit auf dem Ernährungsgebiete, so könnten wir ganz zufrieden sein. (Lebh. Zust.) — Bei der Fleischversorgung ist unbedingt zu fordern, daß ein gleichmäßiges Quantum von 250 Gramm für jeden gewährleistet wird. Die heute vielfach gewährten Rationen von 80, 90 und 100 Gramm sind völlig unhaltbar. Bei dem Stand unserer Viehhaltung ist die Gewährung von 250 Gramm möglich. Die Fleischkarte hätte viel früher eingeführt werden müssen. Die Zuckerproduzenten fordern eine Erhöhung des Rohzuckerpreises von 15 auf 25 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei haben die Zuckerraffinerien den drei- bis vierfachen Rohgewinn erzielt wie früher, die Riesendividenden dieser Industrie müssen geradezu aufreizend wirken. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Die unverschämte Forderung der Interessenten muß glatt abgewiesen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen die Rationierung aller wichtigen Nahrungsmittel. Die Leiden des Krieges sind schlimmer, als es notwendig wäre, wenn man überall rechtzeitig und richtig eingegriffen hätte. Den freien Wettbewerb darf es jetzt nicht geben, Eigennutz und Gewinnsucht dürfen in der Kriegszeit nicht freien Spielraum haben. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Hoff (Vp.): Der englische Aushungerungsplan wird zuschanden werden. Aber die Ernte allein ist für unser Durchhalten nicht entscheidend, die Hauptsache ist die richtige Verteilung, und darin sind schwere Fehler gemacht worden. Bei der Kartoffel muß die menschliche Ernährung allen anderen Zwecken vorangehen. In Bezug auf Spiritus und Biererzeugung kann ich mich dem Vorredner nur anschließen. Keine Nährstoffe dürfen verfüttert werden, solange die menschliche Ernährung nicht sichergestellt ist. Unsere Viehbestände müssen mit den Futterbeständen im Einklang stehen(Sehr richtig!) Das Vieh, das der Landwirt nicht mehr ordentlich ernähren kann, muß er los werden können. Alles Getreide, das erst durch den Tiermagen geht, verliert drei Viertel an Nährwert. Eine weitere Erhöhung der Viehpreise wäre sehr bedenklich und würde auch den Anreiz zur Verfütterung von Kartoffeln und anderen menschlichen Nahrungsmitteln erhöhen. Von unserem Rindviehbestand kann soviel abgeschlachtet werden wie im Frieden. Eine Thesaurierungspolitik auf diesem Gebiete ist ganz unangebracht. Die Rindviehpreise sind jetzt doppelt so hoch wie im Frieden, ihre Herabsetzung ist also dringend geboten. Selbst viele Landwirte geben zu, daß die Viehpreise jetzt viel zu hoch sind. Sollte der Friede bald kommen, was wir alle hoffen, so müßte ein kolossaler Preissturz eintreten. (Widerspruch rechts.) Jedenfalls würden wir allen Bestrebungen, die unerhört hohen Preise auch dann aufrecht zu erhalten, aufs energischste entgegentreten. Mit Rücksicht auf den Frieden müssen die Preise entschieden abgebaut werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Böhme (NL.): Unsere bisherige Wirtschaftspolitik ist durch den Krieg glänzend gerechtfertigt worden. Die Regierung sollte energischer gegen den Wucher vorgehen und nicht dulden, daß unter ihrer Führung sich solche Mißstände bei den Viehhandelsverbänden breit machen; auch bei den Mehlhandelsverbänden werden 280 Millionen Mark an Provision gezahlt. (Hört, hört!)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (K.): Die deutsche Landwirtschaft hat ihre ungeheure nationale Aufgabe vollkommen erfüllt. Nirgends sind die Lebensmittelpreise so billig wie in Deutschland. Aber nicht die Preisfrage steht in erster Linie, sondern die der Beschaffung von Vorräten, dann kommt die Verteilung und erst in dritter Linie das Reich. (Sehr richtig! rechts.) Die Produktionsfreudigkeit der Landwirte muß ertötet werden durch die fortwährenden behördlichen Eingriffe, von einem Produktionszwang darf gar keine Rede sein. (Zustimmung rechts.) Eine Erhöhung der Zuckerrübenpreise ist notwendig, wenn der Zuckerrübenbau nicht in bedenklicher Weise zurückgehen soll. Unsere Landwirtschaft wird auch weiterhin für die Ernährung des Volkes sorgen, mag der Krieg auch noch so lange dauern. (Beifall rechts.)

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki: Der Abgeordnete Schmidt fragte nach der Bedeutung des neuen Kriegsamtes. Es soll in enger Fühlung mit uns die wirtschaftlichen Aufgaben der Heeresverwaltung erfüllen. Die Beschaffung der Lebensmittel für die Munitionsarbeiter läßt sich von den Aufgaben unseres Amtes eben nicht loslösen. Dem Abgeordneten Schmidt bemerke ich, wir werden den Winter benutzen, um die nächstjährige Gemüse- und Obstverwertung auf richtigere Bahn zu stellen wie diesmal. Der gerügten Preisübertreibung auf verschiedenen Gebieten kann ohne Beschlagnahme nur schwer entgegengetreten werden. Eine Herabsetzung der Preise hilft nichts, weil dann die Gegenstände nicht in den Mittelpunkt des Verbrauchs kommen. Die hohen Provisionen der Viehhalterverbände können nicht so bleiben wie sie sind. Meine gestrigen ironischen Bemerkungen zur Alkoholfrage richteten sich nicht gegen den Ernst der Frage, sondern gegen die Uebertreibungen der Abstinenzler, die jetzt ihre Zeit für gekommen erachten. Von einem Verbrauch von 900 000 Tonnen Gerste zur Bierbereitung kann jetzt — dessen darf Herr Schmidt versichert sein — nachdem wir die Ernte völlig übersehen, gar keine Rede mehr sein. In bezug auf die Viehhaltung möchte ich Herrn Hoff beruhigen, auch beim Vieh ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. (Heiterkeit.) Der Zuckeranbau erfordert mehr Arbeitskräfte wie jeder andere und leidet daher unter dem Mangel an Arbeitskräften ganz besonders. Die Stickstoffabrikation wird auf das äußerste angespannt.

Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen. Die Kameradschaftlichkeit, die im Schützengraben herrscht, wo der eine die Last des anderen trägt, ist leider in der Bevölkerung hinter der Front nicht in dem Maße zu bemerken, wie man es wünschen möchte. Im Schützengraben ist es auch viel leichter. Da ist die Gefahr, da sind die Mahlzeiten für alle gemeinsam und da findet sich ganz von selbst schließlich, wenn es auch lange dauert, das gegenseitige Verstehen. Aber ganz anders ist es in unserm komplizierten Wirtschaftsleben hinter der Front. Der eine kennt die Bedürfnisse des andern nicht. Die Städter kennen das Land vielfach nur aus der Zeit, wo sie es als Sommerfrischler überschwemmt haben. Sie haben dort zum Teil mit Hilfe ihres gefüllten Geldbeutels den Landleuten das letzte weggekauft und haben dann nicht einmal den Takt besessen, über das Vergnügen, das sie genossen haben, verschwiegen zu sein, sondern haben mit vielen Uebertreibungen erzählt, was alles auf dem Lande zu haben ist. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind durch diese Vorgänge nicht verbessert worden. Dabei macht sich der Städter von den Sorgen und Mühen des Alltags auf dem Lande keine rechte Vorstellung und von den schweren Sorgen, die die ungünstige Witterung des Herbstes für das Land mit sich gebracht hat, auch nicht. Auf der anderen Seite hat sich der deutsche Bauer im jahrhundertelangen Kampf die Selbständigkeit und Selbstherrlichkeit auf der eigenen Scholle errungen. Auch dem kleinsten Bauer ist es tief in die Seele gesetzt, daß er unter eigener Verantwortung über sein Land verfügt. Er soll jetzt umlernen. Das ist eine bittere Notwendigkeit, aber daß es dem Bauer nicht gerade leicht wird, sollte der Städter auch einsehen. Er wird dann vieles verstehen und verzeihen. Ich kann dankbar anerkennen, daß die Notwendigkeit des Umlernens in der Landwirtschaft gerade in der letzten Zeit immer mehr Verständnis gefunden hat. Der Landmann beurteilt den Städter wieder vielfach nur nach den Sonntagsbesuchen, die er in der Stadt macht, nach den Hotels, den Abendvergnügungen, den Kleidern, die er auf der Straße sieht. Einiges, was er sieht, sind ja die Lebemänner und Lebefrauen, die leider auch im Kriege einen ganz besonders unerwünschten Einschlag in unserem Volksleben bilden. (Sehr wahr!) Aber die meisten andern, die er sieht, haben am Tage angestrengt zu arbeiten, und auch von deren Leben hat der Landmann keine Ahnung. Auch über die Beamten herrschen vielfach ganz falsche Anschauungen. Wenn man sieht, wie so aneinander vorbeigeredet und gedacht wird, wie die nötige Kameradschaftlichkeit fehlt, kann einem das Herz dabei bluten. Das darf nicht so bleiben, wenn das Durchhalten nicht außerordentlich erschwert werden soll. Die schweren Aufgaben, die uns bevorstehen, erfordern volle Einigkeit. Jedem einzelnen sollte ins Hirn eingehämmert werden, daß alles darauf ankommt, den Aushungerungsplan unserer Feinde nicht gelingen zu lassen. (Bravo!)

Abg. Frhr. v. Gamp (D. Frakt.) schildert die besonderen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft in Ostpreußen namentlich zu Anfang des Krieges, und regt an, Kohlrüben als Ersatz für Kartoffeln zu benutzen. Wenn man die Anbaufläche der Kartoffeln herabsetzt und dafür Kohlrüben baut, so würde ein Teil der Saatkartoffeln für die menschliche Ernährung frei bleiben.

Abg. Wurm (SA.): In den letzten zwei Jahren sind die Interessen der verbrauchenden Bevölkerung zurückgestellt worden gegen die der Produzierenden. (Sehr richtig!) Es ist anerkennenswert, daß der Präsident des K. E. das bisher erzwungene Vertuschungssystem nicht aufrecht erhält. Die Bevorzugung der Produzenten hält aber trotz der geringen Vorräte an, die Selbsterzeuger bekommen mehr Kartoffeln, das doppelte an Butter wie die Städter, beim Fleisch ist es noch viel schlimmer. Jede Lücke der Gesetze benutzen die Agrarier, um die Städte, namentlich Berlin, zu benachteiligen. Und dabei wehren sie sich trotz ihrer erhöhten Einnahmen gegen eine Heranziehung dieser Gewinne zur Einschätzungssteuer. (Lebh. Hört, hört!) Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte verteidigt das noch mit dem Hinweis auf die großen nach dem Krieg zu erwartenden Ausgaben. (Erneutes Hört, hört!) Das nennt man Kriegspatriotismus. Ein anderes Beispiel für den agrarischen Kriegspatriotismus: das sächsische Proviantamt klagt darüber, daß es trotz der guten Heuernte nicht genügend Heu freihändig erwerben konnte, weil die Besitzer auf höhere Preise warteten. (Hört, hört! links.) Unter solchen Verhältnissen muß man energisch auf dem Produktionszwang bestehen. Herr von Batocki lehnt ihn ab mit einem Hinweis auf einen Artikel des Sozialisten Kaliski in den „Sozialistischen Monatsheften“. Dieser Herr stellt den Staatszwang für jugendliche Arbeiter in eine Linie mit dem Produktionszwang, also den Eingriff in die persönliche Selbstbestimmung des Arbeiters in eine Linie mit dem Eingriff zugunsten der Gesamtheit. Einen solchen Sozialisten sollen Sie sich behalten. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Wir halten ganz energisch an der Forderung des Produktionszwanges fest. Herr von Batocki wies auf das Versagen der Statistik hin. Das ist keine Blamage der Statistik, sondern der Verwaltungsbehörden, die zu eng mit den Landwirten verbunden sind. Unabhängige Reichsbehörden müßten die Statistik aufnehmen. Wir wissen, daß man mit der Statistik oft Unfug treibt. So hat man gekrebst mit einem statistischen Ergebnis, daß in Deutschland vor dem Kriege der Fleischkonsum pro Kopf selbst noch den Englands übertreffe. Diese Statistik benutzte für Deutschland Zahlen aus dem Jahre 1912, für die anderen Länder aus dem Jahre 1890. (Lebh. Hört, hört!) Unsere Schutzzollpolitik im Frieden hat versagt und unsere Landwirtschaft nicht in den Stand gesetzt, unser Volk zu ernähren. Die Folge ist jetzt Knappheit, die dadurch nicht erträglicher wird, daß man sagt, im Ausland herrscht auch Mangel. Was uns der Agrarier, ist im englischen Volk der Schiffsreeder, der es auch von den Lebendigen nimmt. Der Hunger braucht uns nicht niederzuzwingen, wird gesagt, unsere Nahrungsmittel reichen. Dann muß aber für eine bessere Verteilung gesorgt werden. Bei dem, was jetzt geboten wird, muß weiten Kreisen der Bevölkerung der Magen knurren. Die Nahrung enthält kaum zwei Drittel dessen an Nährstoff, was physiologisch notwendig ist. Ganz besonders muß dem Fettmangel abgeholfen werden und das kann geschehen, wenn man die dem Selbstverbraucher zugestandene Menge einschränkt. Zusatzkarten sind nicht nur für die Schwerarbeiter, sondern auch für viele andere nötig, die sich zu Hause nicht verpflegen können. Unsere Hoffnung auf Ersatzmittel aus Hafer und Gerste dürfen wir nicht zu hoch spannen, wie Präsident Batocki versichert. Dann muß man in der Alkoholfrage etwas Fanatiker sein. Ich spreche nicht als Abstinenzler, der ich nicht bin, sondern vom Ernährungsstandpunkt aus. Wer durchaus nicht auf Bier und Schnaps verzichten will, soll entsprechende Mengen seiner Brot- und Kartoffelkarten dafür geben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Graf Batocki sagt, die Franzosen trinken so viel Wein und sind doch tapfere Kämpfer. Aber der Wein, den sie trinken, kann nicht für Nahrungsmittel verwendet werden, während bei der Bier- und Schnapsbereitung Gerste und Kartoffeln verwandt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Massenspeisungen haben nicht den geringsten Erfolg gehabt. Der Grund liegt einmal darin, daß sie nur als Brei herstellbar sind und Brei ist nicht sehr verdaulich, weil er nicht gekaut wird; es müßte etwa 50 Gramm Brot dazu gegeben werden. Dazu reicht wieder die Brotkarte nicht. Zweitens aber kann auch für das wenige Geld, das der großen Masse der Bevölkerung nur zur Verfügung steht, eine wirklich gute Nahrung nicht hergestellt werden. Ganz Europa wird von Hungersnot bedroht, wenn die wahnwitzige Kriegshetzerei noch länger dauert. (Lebh. Zustimmung.) In Dresden sind 80 000 Menschen vor das Ministerium des Innern und vor das Rathaus gezogen. (Hört, hört!) Eine Deputation ging zum Minister und verlangte Nahrung und Frieden. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Die sozialdemokratische Parteileitung in Dresden machte den Minister auf den Ernst der Situation aufmerksam. Der Minister erkannte die Berechtigung der Klagen im wesentlichen an und die 80 000 Menschen sind ruhig nach Hause gegangen. Hinter ihnen stehen im Deutschen Reiche Millionen, die von demselben Gedanken bewegt sind. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Sorgen Sie dafür, daß das Vorhandene auch dem Volke zuteil wird, daß nicht Habgier und Profitsucht das Volk aushungern. (Lebhafter Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. v. Trampczynski (Pole) führt Beschwerde über schamlose Ausbeutung der polnischen Saisonarbeiter, die zwangsweise in Deutschland festgehalten werden.

Ministerialdirektor Lewald sagt zu, daß alles geschehen soll, um die Arbeiter human zu behandeln und ausreichend zu ernähren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Resolutionen und Anträge der Kommission werden angenommen, ebenso ein Antrag Mumm auf möglichste Einschränkung des Verbrauchs von Nahrstoffen zur Alkoholbereitung.

Es folgt die Beratung der Resolutionen der Budgetkommission, die zur Familienunterstützung vom 1. November 1916 ab die Erhöhung auf 20 Mk. für die Ehefrau, auf 10 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahren vorschlägt, und die Gemeinden zum Zusetzen verpflichtet. Ein Antrag Bernstein (SA.) will diese Zuschläge in Höhe von mindestens 50 Proz. gewährt wissen, und Streichung der Bestimmung, daß die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer zu mehr als 6 Monate Gefängnis verurteilt ist. Bedürftigkeit soll angenommen werden, wenn das Einkommen 1500 Mk. nicht übersteigt. Eine weitere Resolution der Kommission verlangt einmalige Kriegsteuerungszulagen für die Reichsbeamten und die in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sowie für Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene. Für ? Dezember beantragt die Kommission, die Familienunterstützung in doppelter Höhe zu gewähren.

Abg. Graf Westarp (K.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Ministerialdirektor Lewald: Die finanzielle Wirkung der Resolution, wie sie vorliegt, würde sein, daß im Monat an Familienunterstützungen statt 130 Millionen 175 Millionen gezahlt werden müssen und im Dezember 350 Millionen. Das ist natürlich nicht durchführbar. Daß die Gemeinden Zuschüsse gewähren, ist jetzt schon rechtens. Die Kriegsfürsorge wird von 20 auf 30 Millionen im Monat erhöht werden, um besonders leistungsunfähigen Lieferungsverbänden zu ermöglichen, ebenfalls Zuschüsse zu leisten. Im übrigen wird bei den Familienunterstützungen nach Möglichkeit individualisiert werden müssen. Gibt es doch auch eine ganze Anzahl von Fällen, wo die Familie im Kriege eine erheblich höhere Einnahme hat als zu der Zeit, wo der Ernährer noch zu Hause war.

Abg. Coßmann (Z.) tritt für die Resolution der Kommission ein; der Bundesrat hätte die Initiative zur Erhöhung der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer ergreifen sollen.

Abg. Hirl (Soz.) bedauert die wenig entgegenkommende Erklärung des Regierungsvertreters; wird doch nur ein Teil von dem verlangt, was den Kriegerfamilien zusteht. Die Mehrausgaben, auf die der Regierungsvertreter hingewiesen hat, fallen gegenüber den ungezählten Milliarden, die der Krieg verschlingt, nicht ins Gewicht. Gerade diese Kriegsausgabe ist überaus wichtig. (Sehr richtig.) Den Kriegerfamilien nutzt nicht das ihnen immer versprochene Wohlwollen, wenn man ihnen die Erhöhung der Unterstützung versagt. An allen Ecken und Enden spricht man von Patriotismus, da hätte die Regierung von selbst mit viel weitergehenden Vorschlägen an den Reichstag herantreten sollen, im Interesse der Volksernährung, im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft nach dem Kriege. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man wünscht, die Frau soll den Willen zum Kinde haben. Da muß man ihr auch die Mittel geben, die Kinder, die sie sich wünschen soll, auch zu ernähren. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Meyer Herfort (NL.) tritt warm für die Beschlüsse der Kommission ein.

Abg. Liesching (Vp.) bittet die Regierung dringend, dem Wunsche des Reichstags mehr Entgegenkommen zu beweisen. Den Wert des Geldes weiß der Reichstag auch zu schätzen, aber in diesen Dingen ist keine Sparsamkeit am Platze. Geben Sie im Weihnachtsmonate den Familien der Kriegsteilnehmer das Doppelte, so werden Sie nicht nur im Innern, sondern auch an der Front eine dankbare Stimmung erzeugen. (Bravo!)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Verbündeten Regierungen haben von gestern auf heute zu den Anträgen der Kommission nicht Stellung nehmen können. Ich kann nur wiederholen, daß der Reichskanzler die schwierige Lage der Kriegerfamilien infolge der erheblichen Verteuerung aller Verbrauchsgegenstände seit dem letzten Jahre anerkennt und entschlossen ist, danach zu handeln.

Abg. Ryssel (SA.): Die Anträge der Kommission gehen uns nicht weit genug. Das Reich hat die Pflicht, für die Familien, denen es den Ernährer entzogen hat, ausreichend zu sorgen. Der von uns gestellte Zusatzantrag ist absolut notwendig, denn viele Gemeinden zahlen garnichts, andere nur an die Frauen, wieder andere nur an die Kinder, und zwar 60 Pfg., nicht etwa pro Tag, sondern pro Monat. Mit den 2 Pfg. pro Tag kommen sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nach (Hört, hört! bei den Soz.) Die Leistungen der Wohlfahrtspflege verkennen wir nicht, aber wir verurteilen das System, das die Frauen auf die Wohltätigkeit hinweist. (Beifall bei der Soz. Arbg.)

Die Anträge der Kommission werden angenommen, die Zusatzanträge der Soz. Arbg. abgelehnt. Nach den üblichen Schlußworten des Präsidenten Dr. Kaempf verliest der Staatssekretär Dr. Helfferich die kaiserliche Verordnung, die den Reichstag bis zum 13. Februar 1917 vertagt. Hierauf erklärt Präsident Dr. Kaempf die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland für geschlossen.

Schluß 9½ Uhr.

Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung.

Die Reichstagskommission wurde am Freitag mit ihrer Arbeit in erster und zweiter Lesung fertig. Abgelehnt wurde zunächst gegen die sozialdemokratischen Stimmen folgender, infolge Abwesenheit des Antragstellers unbegründet gebliebener Antrag:

Die Schutzhaft darf dem Verhafteten keine andere Beschränkung auferlegen als die Beschränkung der Bewegungsfreiheit außerhalb des Gebäudes, in dem die Haft vollstreckt wird. Insbesondere ist dem Verhafteten der schriftliche und mündliche Verkehr namentlich mit dem Ehegatten und den Kindern ohne Kontrolle gestattet. Zur Erledigung von geschäftlichen, beruflichen oder familiären Angelegenheiten ist ihm auch das Verlassen des Haftlokals zu gestatten und zwar unter Aufsicht, falls der zuständige Militärbefehlshaber dies für erforderlich hält. Beköstigung, Bequemlichkeiten und Beschäftigung darf er sich auf seine Kosten nach Belieben verschaffen.

Die §§ 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 des Gesetzes wurden einstimmig angenommen. Sie haben folgenden Wortlaut:

§ 7. Der Verhaftete kann jederzeit einen Verteidiger zuziehen. Die Vorschriften der §§ 137 Absatz 2 und 138 Str.-P.-O. finden entsprechende Anwendung.

§ 8. Der Amtsrichter, in dessen Bezirk die Verhaftung erfolgt ist oder der Verhaftete sich befindet, kann dem Verhafteten auf Antrag oder von Amtswegen einen Verteidiger bestellen. Die Bestellung muß erfolgen, wenn der Verhaftete sie nach zweiwöchiger Dauer der Haft beantragt; über dieses Antragsrecht ist der Verhaftete bei seiner Vernehmung zu belehren. Die Bestellung ist zurückzunehmen, wenn demnächst ein anderer Verteidiger gewählt wird und dieser die Wahl annimmt.

§ 9. Dem Verteidiger ist die Einsicht der über die Verhaftung erwachsenen Akten zu gestatten. Dem Verhafteten ist schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet.

§ 10. Der gesetzliche Vertreter des Verhafteten und der Ehemann einer Verhafteten ist als Beistand zuzulassen und auf sein Verlangen zu hören.

§ 11. Die Bestimmungen der §§ 2—5 und 7—10 dieses Gesetzes finden auf die Aufenthaltsbeschränkung entsprechende Anwendung.

§ 12. Eine auf Grund dieses Gesetzes erlittene Haft kann in einem auf Strafe lautenden Urteil ganz oder teilweise zur Anrechnung gebracht werden.

§ 13. Hebt das Reichsmilitärgericht die Haft oder Aufenthaltsbeschränkung auf, weil die Voraussetzungen ihrer Anordnung oder Aufrechterhaltung nicht gegeben waren, so hat es dem Geschädigten einen Entschädigungsanspruch zuzuerkennen. Einen Entschädigungsanspruch kann das Reichsmilitärgericht auf Antrag auch in anderen Fällen zuerkennen, auch wenn es nicht selbst die Haft oder Aufenthaltsbeschränkung aufgehoben hat. Der Anspruch richtet sich, wenn die Anordnung der Haft oder der Aufenthaltsbeschränkung durch einen militärischen Befehlshaber oder einen Reichsbeamten erfolgt ist, gegen das Reich, in anderen Fällen gegen denjenigen Bundesstaat, dessen Beamter die Anordnung getroffen hat. Im übrigen gelten für diesen Anspruch und seine Durchführung die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 14. Juli 1904. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erläßt der Bundesrat.

Die §§ 12 und 13 verdanken ihre Entstehung Anträgen unserer Genossen.

Ein Antrag Herzfeld, den Angehörigen verhafteter Personen einen Anspruch auf Unterhalt gegen den Staat zu geben, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit allen Stimmen gegen die des Genossen Dr. Herzfeld angenommen. Dieser erklärte das Gesetz für eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes.

Schließlich beschäftigte sich die Kommission noch mit der Frage, ob die Anordnung der Schutzhaft oder einer Aufenthaltsbeschränkung gegen einen Abgeordneten einen Eingriff in die Immunität darstellt. Sie stellte einstimmig fest, daß dies der Fall ist und beauftragte den Berichterstatter, diese ihre Ansicht im Plenum zu vertreten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“, Johannisstr. 46